

w o h n b u n d



i n f o r m a t i o n e n

Urbanes Wohnen

1/04



Inhalt

Impressum	2
Editorial	3
Schwerpunktthema:	
Urbanes Wohnen	
„Urbanes Wohnen“ – bedarfs- und zielgruppenorientierte Konzepte für ein Leben in der Stadt	4
Heike Skok	
Bestandsentwicklung mit weitem Blick	9
Thomas Hartmann, Jan Weber-Ebnet	
Agora – Schauplatz des öffentlichen Lebens	10
Jan Weber-Ebnet	
Ein besonderer „Dreh“	13
Marina Mann	
Stadtteilentwicklung – Neue medien – Jugendpartizipation: ein Modell	14
Helmut Gmeinwieser	
Wohnwertverbesserung – Bedarfsanalyse und Konzeptentwicklung	15
Helga Jäger	
Thesen zur Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen	18
Michael Kunze	
Grüne Schul- und Spielhöfe – Methoden und Werkzeuge partizipativer Freiraumplanung	20
Franz Herold	
Planungskompetenz – ein Themenfeld für Bildungseinrichtungen	23
Thomas Hartmann	
Suchen – bieten – gemeinschaftliches Wohnen Neue Netzwerke	25
Heike Skok	
Rezensionen	26
Veranstaltungen, Hinweise	29
Unternehmen Stadt – gemeinsam zur neuen Urbanität	29
NABU-Baupreis 2004 ausgeschrieben	30

Impressum

wohnbund-informationen

Mitgliederzeitung des wohnbund e.v.
Herausgeber und Redaktionsadresse:

wohnbund e.v.
Aberlestraße 16/Rgb
81371 München
Telefon 089-74 68 96 11
Fax 089-7 25 50 74
E-Mail: info@wohnbund.de

Redaktion: Heike Skok, Jan Weber-Ebnet

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Preis: Für wohnbund-Mitglieder kostenlos
Abonnement: € 2,60 pro Ausgabe zzgl. Versand

Sammelbestellung (ab 10 Exemplare):
€ 1,50 pro Exemplar zzgl. Versandkosten

Abo-Bestellung: per E-Mail, Telefon oder
Fax an die Redaktionsadresse

Layout und technische Bearbeitung:
Bernd Hüller, bhue@offset-service.de

Druck: Lichtpunkt medien e.K., München

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
oder des wohnbund-Vorstandes wieder.

■ Dem Wohnen in der Stadt gehört die Zukunft. Vor 30 Jahren waren es noch wenige, die so dachten. Von den Wohnverhältnissen in der Stadt frustriert, initiierten Handwerker- und Akademikerfamilien in bundesdeutschen Großstädten eine Bürgerbewegung für urbanes Wohnen, um für sich und andere familienfreundliche, nachbarschaftlich geprägte Wohnformen in der Stadt zu entwickeln. Die BAUWELT analysierte im Oktoberheft von 1970 die „Umweltfaktoren, die das Bedürfnis für urbanes Wohnen verursacht haben“. Viel hat sich seither nicht geändert: Der 30 Jahre alte Katalog



liest sich in weiten Teilen wie ein einführender Beitrag zum Kongress der Schader-Stiftung zum wohn:wandel im Mai 2001.

Neue Wohnbautypologien für die Stadt und gemeinschaftlich orientierte Wohnmodelle, das war es, worauf die damalige Bürgerbewegung abzielte. Und sie fand damit nicht nur in der Fachpresse Gehör. Unter dem Titel „Urbanes Wohnen – ein demokratisches Modell“ würdigte die Süddeutsche Zeitung vom 19./10. September 1970 die damaligen Ansätze. Prof. Erich Schneider-Wessling, einer der zentralen Protagonisten der Bewegung, stellte in der Schriftenreihe „Städtebauliche Forschung“ (03.039) des damaligen Bundesbauministeriums eine Charta für urbanes Wohnen zusammen – eine dezidierte Begründung und Funderung der neuen Denkansätze: wenn man so will, eine Art Arbeitsanleitung für den „Stadtumbau“ zur „sozialen Stadt“!

Wir wissen heute: Die damals entwickelten urbanen Alternativen zum Siedeln auf der grünen Wiese fanden nur sehr zögerlich ihre Nachahmer. Die wohnpolitischen Rahmenbedingungen waren nicht eben geeignet, privates Engagement für selbstbestimmtes Wohnen in der Stadt zu fördern, geschweige zu aktivieren. Zehn Jahre mussten ins Land gehen, bis endlich der *wohnbund* als wohnungspolitisches Netzwerk gegründet wurde. Und weitere 20 Jahre brauchte es, bis die Abstimmungen der Stadtbewohner mit dem Möbelwagen in Ost und West endlich so unübersehbar wurden, daß heute alle gesellschaftlich relevanten Akteure ernsthaft an den Herausforderungen arbeiten. „Nutzeransichten“ erleben eine Renaissance.

Die Präsentation einer gleichnamigen Studie zu den Wohnwünschen der Deutschen, herausgegeben von Mieterbund, GdW, Bundesarchitektenkammer, Bundesbauministerium und Schader-Stiftung, war im Mai letzten Jahres ein deutliches Signal für neue, gemeinsame Orientierungen. Das zeigt: Die Zeit ist reif für ein breites Aktionsbündnis – eine gemeinsam von (Wohnungs-)Wirtschaft, Kommunen, Architektenschaft, Politik und Wissenschaft getragene Qualitätsoffensive für das urbane Wohnen – und damit für die Überlebensfähigkeit der Städte als lebendige Gemeinwesen.

Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht. Und der Blick auf aktuelle Aktivitäten lässt hoffen:

- bereits im Herbst präsentierte die AG-Kooperation GdW-BDA-DST eine Qualitätsoffensive „Für attraktives Wohnen in der Stadt“ (vgl. DIE WOHNUNGSWIRTSCHAFT 12/2002). Keine Veranstaltung wird seither ausgelassen, das Thema zu platzieren.
- der von der AG-Kooperation ausgelobte Bauherrenpreis „Modernisierung“ erfreut sich zunehmender Resonanz. Mehr und mehr finden sich urbane Wohnmodelle unter den Preisträgern. Neue Preise und Wettbewerbe ziehen nach, bringen weitere Zielgruppen ins Spiel. So der Nachwuchswettbewerb TATORT STADT des BMVBW/BBR oder der Stiftungspreis 2004 der Stiftung „Lebendige Stadt“: „Das beste Konzept für innerstädtisches Wohnen“.
- Die Architektenkammern und Planerverbände wie auch die Verbände der Wohnungswirtschaft nehmen das Thema ins Fortbildungs- und Veranstaltungsprogramm. Und ab Herbst 2004 startet unter der Federführung des Europäischen Bildungszentrums der Wohnungswirtschaft in Kooperation mit einzelnen Länderkammern eine Fortbildungsreihe, die beide Zielgruppen zusammenführt.

30 Jahre nach den ersten Anläufen geht die Debatte um das urbane Wohnen in eine neue Runde: von der avantgardistischen Bürgerbewegung zum breiten Aktionsbündnis – ein langer, aber lohnender Weg!

Prof. Reiner Schmidt

Gemeinschaftsaktion „Stadt im Wandel“
kontakt@gemeinschaftsaktion.de



Der Nutzen von Bürgerbeteiligung für die Landeshauptstadt München

Verfahren mit Bürgerbeteiligung können jahrelange stadtplanerische Blockadesituationen auflösen: In München stellte die Stadt auf Betreiben des Bezirksausschusses Gelder bereit, um ein Mediationsverfahren unter Beteiligung der verschiedensten Interessengruppen zur Umgestaltung des Wiener Platzes durchzuführen. Innerhalb von zwei Jahren war die Umgestaltung abgeschlossen, die – man kann sagen – jahrzehntelang nicht möglich war.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich das für das Verfahren eingesetzte Geld sowie die damit für die Verwaltung verbundene Mehrarbeit rechnen im Vergleich zu jahrelangen Aufgüssen der Thematik in immer neuen Varianten.

Bei der Planung und Entwicklung neuer Wohnquartiere spielen ökonomische, ökologische und stadtgestalterische Fragen eine wichtige Rolle. Um dem Anspruch der Nachhaltigkeit gerecht zu werden, müssen soziale Aspekte – wozu auch Beteiligungsprozesse zu zählen sind – über den gesamten Planungsprozess stärker berücksichtigt werden. In der Messestadt Riem finanzierte die Landeshauptstadt München einen auf drei Jahre angelegten Beteiligungsprozess (2000–2003) unter der Koordination einer neutralen Moderation, um den Aufbau einer eigenständigen tragfähigen Sozialstruktur unter der Bewohnerschaft und so die grundsätzliche Akzeptanz des Wohngebietes bewusst zu fördern. Beteiligungsspielräume gibt es zum Beispiel in der Freiraumplanung. Dort werden nicht überplante („weiße“) Flächen vorgehalten, die später mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestaltet werden. So können die dort lebenden Menschen ein stärkeres Identifikations- und Verantwortungsgefühl für ihr Wohnumfeld entwickeln, da sie selbst Einfluss nehmen.

Während sich in der Messestadt gegen Ende der städtisch geförderten Phase das Bürgerforum als bürgerschaftlich getragene Fortsetzung gründete, unterstützt die Landeshauptstadt München bei der Entwicklungsmaßnahme Ackermannbogen das Forum Schwabing am Olympiapark mit Agenda 21-Fördermitteln. Bewohner und Nutzer an der Entwicklung des Quartiers und des Zusammenlebens zu beteiligen, Impulse, Motivation und Unterstützung für Eigenaktivitäten zu geben, ist im Interesse der Kommune. Denn nur so können funktionierende Gemeinwesen aufgebaut und auch in Zukunft zu erhalten werden.

Anja Zimmermann

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Agenda 21-Büro (bis 2002 im Sozialreferat zuständig für das Beteiligungsprojekt Messestadt Riem)

„Urbanes Wohnen“ – bedarfs- und zielgruppenorientierte Konzepte für ein Leben in der Stadt

■ Die Debatte über einen kreativen Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und der schon heute merklichen Schrumpfung vieler bundesdeutscher Regionen und Kommunen läuft auf Hochtouren. Auf einer Veranstaltung der Regierung von Schwaben Ende Oktober 2003 in Augsburg, bei der über vorbeugende Handlungsstrategien der Kommunen diskutiert wurde, prognostizierte Prof. Dr. Dr. Karl Ganser, dass es uns mit diesem Thema ähnlich ergehen werde wie mit der Agenda 21.

„... Menschen haben eine große Fähigkeit zum Verdrängen. In Kürze werden alle übersättigt sein, keiner und keine möchte sich mehr mit den Folgen des demografischen Wandels befassen. ... Die Entwicklung verläuft schleichend, so dass das Problem nie wirklich konkret erscheint...“

Noch sind nicht alle von den Auswirkungen einer Schrumpfung und Überalterung betroffen. Einige Regionen in Süddeutschland sind eher noch mit einem angespannten Wohnungsmarkt konfrontiert, der mit einem Mangel an preisgünstigem Wohnraum einher geht und zu einer beständigen Abwanderung insbesondere von Familien mit Kindern führt.

Unabhängig von der speziellen Problemlage scheinen die Strategien erstaunlich vergleichbar, die erprobt werden, um Menschen zum Bleiben oder auch zum Rückzug in die Stadt zu motivieren. Sie setzen auf allen Ebenen an: in der Stadtentwicklungsplanung, im Neubau ebenso wie in der Bestandsverwaltung. Als Stichworte sind zu nennen: Bedarfs- und Zielgruppenanalyse; Flexibilität in der Flächenausweisung; Wohnungsmix; Zielgruppenorientierung in der Projektentwicklung, u.a. spezielle Angebote für Familien mit Kindern oder auch ältere Menschen und nicht zuletzt die Öffnung für neue Wohnformen.



Die Erfahrung aus 30 Jahren Kooperation mit Kommunen und Wohnungsunternehmen zeigt jedoch, dass es keine allgemeingültigen Patentlösungen gibt. Der Bedarf an zielgenauen Planungskonzepten, Vermarktungs- und Problemlösungsstrategien, die auf einen bestimmten Standort abgestimmt sind, steigt mit der zunehmenden Ausdifferenzierung der regionalen und lokalen Rahmenbedingungen. Der wesentliche Faktor für die erfolgreiche Umsetzung geplanter Maßnahmen liegt u.E. in einer gelungenen Kommunikation zwischen den Planungsbeteiligten. Die gilt für die Gestaltung kleinteiliger Einheiten wie z.B. die Begrünung innerstädtischer Höfe ebenso wie für Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität im Siedlungsbestand oder der Qualitätssicherung im Wohnungsneubau, bis hin zur Bearbeitung großer Planungsräume z.B. in der Siedlungsentwicklung.

Mittlerweile gibt es ein breites Spektrum an Markt- und Handlungsstrategien in der kommunalen Planung, aber auch in Wohnungsunternehmen.

Konkurrenzfähige Standortentwicklung durch kommunikative Planungsprozesse

In Zeiten stagnierender Wirtschaftsentwicklung und geringer Investitionsfreude bedarf die Ausweisung, Überplanung und Vermarktung neuer Wohn- und Gewerbeflächen einer besonderen Sorgfalt. Der mittelfristige und vor allem auch langfristige Bedarf ist nicht vorherzusagen. Um konkurrenzfähig zu sein, müssen also Standorte entwickelt werden, die sich durch hohe Attraktivität und ein positives Image auszeichnen. Augsburg

und München versuchen dieses Ziel durch kommunikative Planungsprozesse zu erreichen.

Beispiel 1:

Die Umnutzung militärischer Konversionsflächen in Augsburg

Die Stadt Augsburg hat seit dem Rückzug der Amerikaner ab 1990 mit der Überplanung von sieben ehemaligen Kasernengeländen begonnen, bzw. z.T. schon abgeschlossen. Für die größte und attraktivste Fläche, die Sheridan Kaserne, wurde die Durchführung eines Kommunikationsprozesses beauftragt, der eng mit dem Planungsverfahren verwoben ist und in den Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden, um

- lokales Expertenwissen zu mobilisieren z.B. in Hinblick auf Bedarfe an Wohn- und Gewerbeflächen,
- umliegende Stadtteile aufzuwerten und Lösungen für städtebauliche Defizite zu finden.
- die Identität der Bürgerinnen und Bürger mit den Planungen und für den neuen, sowie für den „alten“, eigenen Stadtteil zu erhöhen und die Akzeptanz von Planungsentscheidungen in der Öffentlichkeit zu fördern sowie
- die Attraktivität der Gelände für Investoren zu steigern.

In Planungswerkstätten und Arbeitskreisen werden die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Bereichen Wohn-, Gewerbe-, Sport- und Freiflächen, zu sozialer Infrastruktur und zur Verkehrserschließung gesammelt und in den Planungsprozess eingespeist. Politik und Verwaltung erhoffen sich von diesem Verfahren Planungsergebnisse, die an die konkreten Bedarfe anknüpfen und damit nicht nur eine maximale Rentabilität der zukünftigen Investitionen, sondern auch die Kooperation der Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung. Ein Klima, das von Dialog und Kooperation geprägt ist, hat eine positive Ausstrahlung und trägt zur Standorticherung im Wohnen und Gewerbe bei.

Beispiel 2:

Stadtentwicklungsmaßnahme Ackermannbogen, München

Stadtplanung, Wohnungsunternehmen und Investoren bemühen sich derzeit um die Entwicklung und Umsetzung bedarfs- und zukunftsorientierter Planungskonzepte für das innerstädtische Neubaugebiet. Die Entscheidungsträger sind davon überzeugt, dass dieses Ziel am Besten in einem umfassenden Dialog zwischen Planern, lokalen Politikerinnen, zukünftigen BewohnerInnen, Nutzern und Nachbarn zu erreichen sei. Als Kommunikationsinstrument wurde die Einrichtung des „Forum Schwabing am Olympia Park“ gewählt. Seine Aktivitäten umfassen die Durchführung von Informationsveranstaltungen und Fachtagungen, „Investorenmessen“ und „Mieterbörsen“, oder auch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie das „Probewohnen auf der Baustelle“ und temporären Sofortmaßnahmen wie die Einrichtung eines Bauwagens als Treffpunkt sowie die Durchführung von Kunstprojekten. Das Forum, während der Gründungsphase in Übergangsträgerschaft bei Urbanes Wohnen e.V. angesiedelt, fungiert damit als

Kommunikator und Multiplikator für eine breite und heterogene Öffentlichkeit. Es trägt mit seinen Aktivitäten zur Bekanntmachung des Gebiets als attraktiver Standort und damit zur langfristigen Vermarktung für Wohnen und Gewerbe bei.



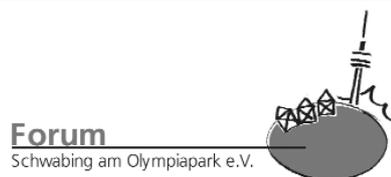
Überplanung von Konversionsflächen: BürgerInnen-Kompetenz nutzen

Nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte Mitte der 90er Jahre haben sich grundsätzlich neue Entwicklungschancen für die Stadt eröffnet. Die vermeintlich „freien“ Flächen wecken eine Menge Wünsche und Ideen bei den verschiedensten Interessensgruppen. Wünsche, die in Einklang mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu bringen sind.

Um bei derart bedeutenden Weichenstellungen von Beginn an die Wünsche, Befürchtungen und Vorstellungen der Bürger, aber auch der Verwaltung und der Politik sowie die planungsimmanenten Differenzen erfahren zu können, entschied sich die Stadt Augsburg bei der Überplanung ihrer Konversionsflächen zu einem intensiven Beteiligungsverfahren. Die „Neutralität“ sollten externe Moderatoren herstellen.

Die Erfahrungen nach fast drei Jahren Planungs- und Bürgerbeteiligung sind im Großen und Ganzen positiv.

Die anfangs vorhandene Spannung zwischen BürgerInnen, politischen Vertretern und Verwaltung hat



MEHR INFORMATIONEN DAZU UNTER:

www.forum-schwabing-am-olympiapark.de

sich zu einer konstruktiven, partnerschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt. Auch wenn nicht alle planerischen Konflikte gelöst werden können, so wächst doch das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft, die unterschiedlichen Vorstellungen in einen für alle tragbaren Kompromiss einzuarbeiten. Dabei ist jedoch deutlich klarzustellen, welche Aufgaben und Kompetenzen einem solchen – nicht gewählten – Gremium zukommen kann und soll!

Ungelöst ist die Frage, inwieweit das freiwillige Engagement im Zuge einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung stellvertretend für viele sich nicht äußernden BürgerInnen gelten kann. Trotz vielfältiger Bemühungen, die Abstimmungen auf eine breite öffentliche Basis zu stellen, können spätere Einsprüche nicht verhindert werden. Hier wäre eine Anpassung der Verfahrensbedingungen wünschenswert.

Für die Stadt Augsburg hat die Beteiligung externer Moderatoren an Planungsverfahren aufgrund der

für alle positiven Erfahrungen Schule gemacht. Mittlerweile werden nicht nur die Planungen für die Konversionsflächen, sondern auch für andere Gebiete und Themen durch extern Beauftragte moderiert.

U. Steude,
Stadt Augsburg, Stadtplanungsamt

MEHR INFORMATIONEN DAZU UNTER

www.sheridan-kaserne.de
www.forum-reese-kaserne.de



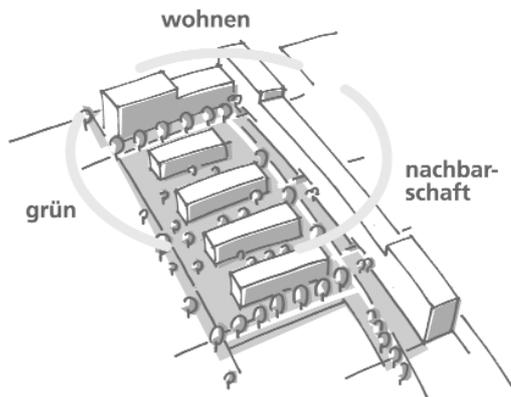
MEHR INFORMATIONEN DAZU UNTER

www.bezirk-schwaben.de/Soziales/SozialesHome.html



Infomobil

Informieren vor Ort, Stimmungen und Stimmen vor Ort erfassen, Öffentlichkeit herstellen



nachbarschaftlich
wohnen in Riem

MEHR INFORMATIONEN DAZU UNTER

www.nachbarschaftlich-wohnen-in-riem.de

Bedarfsorientierte Siedlungs- und Nachbarschaftsentwicklung

Die Verschiebungen in der Familien- und Altersstruktur wirken in sämtliche gesellschaftlichen Bereiche. Betrachtet man das Feld der alltäglichen Lebensführung und insbesondere das Wohnen, so sind zwei Feststellungen zu treffen, die Kommunen, Unternehmen aber auch Bewohnerinnen und Bewohner zum Handeln zwingen. Zum einen steigen die Anforderungen an soziale Dienstleistungen, die zukünftig sicher nicht im gleichen Umfang wie heute von der öffentlichen Hand finanziert werden können. Zum anderen hat eine immer größer werdende Zahl von Menschen das Bedürfnis, ihre unmittelbare Wohnumgebung aber auch das weitere Wohnumfeld, die soziale und die räumliche Nachbarschaft, mit Eigeninitiative zu gestalten. Wohnungsbaugesellschaften stehen vor der Herausforderung, sich mit diesen Anforderungen auseinanderzusetzen und ihren Mieterinnen und Mietern entsprechende Angebote zu unterbreiten.

Beispiel 1:

Markenzeichen „Nachbarschaftshilfe“, Günzburg, Bezirk-Schwaben-Stiftung

In Voraussicht auf diese Entwicklungen wurde, mit Hilfe öffentlicher Fördermittel, die Wohnsiedlung der Bezirk-Schwaben-Stiftung „Miteinander – Füreinander“ errichtet. Ziel des Projekts ist es, Mieterinnen und Mieter langfristig zu binden und die Wohnzufriedenheit durch die Gemeinschaftsräume und die Entwicklung verbindlicher Strukturen der Nachbarschaftshilfe zu erhöhen. Die Mischung von Einkommensgruppen (§ 9 WoFG, mit einem Spielraum zur Überschreitung um bis zu 60%) zielt auf ein breiteres Erfahrungs- und Interessenspektrum der Bewohnerinnen und Bewohner sowie auf eine gewisse soziale Kompetenz. Durch eine kommunikativ gestaltete Projektentwicklung wurde eine Bindung der Mieterinnen und Mieter an die Anlage erreicht. Im Vordergrund stand die zukünftige Gestaltung der Nachbarschaftshilfe. Dies entsprach dem Bedürfnis der zahlreichen älteren Mieterinnen und Mieter aber auch der Familien mit Kindern. Beraten und wissenschaftlich begleitet wurde dieser Prozess von Urbanes Wohnen e.V. Die Infrastruktur mit Kindergarten und Gemeinschaftsräumen, wovon einer durch den Nachbarschaftsverein betrieben wird, befördert den nachbarschaftlichen Austausch. Die Erfahrung der ersten Jahre und die hohe Wohnzufriedenheit sprechen für das Konzept.

Beispiel 2:

Sozialverträgliche Standortentwicklung in der Messestadt Riem, München

Die Messestadt Riem ist ein attraktiver Wohnstandort. Der hohe Anteil öffentlich geförderter Wohnungen mit entsprechender Bewohnerstruktur veranlasste Stadtverwaltung und Investoren, der zügigen Entwicklung nachbarschaftlicher Strukturen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Dies soll u.a. die Attraktivität für Investoren, d.h. die Marktfähigkeit erhöhen. Interessanter Weise korrespondieren die Maßnahmen aber auch mit dem wachsenden Bedarf an neuen, nachbarschaftsorientierten Wohnformen. Diesem Trend folgt die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Gewofag, die auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens 201 Wohneinheiten mit Gemeinschaftsräumen errichtet. Auch hier findet sich eine Mischung von Einkommensgruppen (§ 9 WoFG, mit einem Spielraum zur Überschreitung um bis zu 60 Prozent). Als Strategie zur Förderung von nachbarschaftlichem Wohnen bietet die Gesellschaft frühzeitige Mietzusagen. Das eröffnet zeitliche Spielräume für Information und Planungswerkstätten (Freiraum, Wohnungsbelegung). Damit kann der Grundstock für funktionsfähige Nachbarschaftsstrukturen gelegt werden. Eine weitere Besonderheit: Mitglieder des Vereins „selbstbestimmt Leben“ greifen das Angebot des Unternehmens auf und wollen in der neuen Wohnanlage gemeinschaftsorientiertes Wohnen erproben. Die Werbung um bestehende Mietergruppen hat sich als Vermarktungsstrategie bewährt, denn es handelt sich i.d.R. um verlässliche und integrierende Personengruppen, die zur Wohnzufriedenheit in der Gesamtanlage beitragen können.

Neue Wohnformen: ein zukunftsfähiges Marktsegment

Die Zahl der Menschen, die sich mehr oder weniger selbstorganisiert ein Wohnumfeld nach eigenen Wünschen gestalten wollen, wächst beständig. Sie bilden Bau- oder Hausgemeinschaften, sowohl im Wohneigentumsbereich, als auch in Genossenschaften und nicht zuletzt als Mieterinnen und Mieter. Diese bei der Projektentwicklung zu unterstützen, ist eine der großen Herausforderungen für Kommunen, Bauträger und Wohnungsgesellschaften. Sie sind interessante Partner, denn als Mieter stehen sie für geringst mögliche Mietausfälle, Fluktuation und Instandhaltungsaufwand. Als Käufer minimieren sie das Vermarktungsrisiko. Als Nachbarn strahlt ihr Engagement oft in das Quartier und trägt so zur Stabilität eines Quartiers bei. Als Beispiel sei die Bewohnerschaft eines Objekts der WOGENO München e.G. in der

Messestadt Riem genannt, die nach Auslaufen der Anschubfinanzierung das Weiterbestehen der Stadtteilzeitung gewährleistet. Solche Gruppen erproben schon heute die Potenziale und Grenzen der nachbarschaftlichen Hilfe, die im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung voraussichtlich in weit breiterem Maße erbracht werden muss. Eines der größten Projekte ist die Genossenschaft WAGNIS e.G., die derzeit 100 Genossenschafts- und Eigentumswohnungen errichtet. Teil des Konzepts ist die Verbindung von Wohnen und Arbeiten sowie die Errichtung von Räumen für soziale Infrastruktur im Quartier.



Aus all diesen Gründen sollte der Entwicklung der Neuen Wohnformen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Urbanes Wohnen e.V. berät und begleitet seit vielen Jahren Wohngruppen bei der Gründung und Realisierung. Die Kooperation mit Kommunen und erfahrenen Wohnungsunternehmen würde sicherlich viele Projekte schneller und besser zum Ziel führen.

Auch wenn die anfangs zitierte These von Prof. Ganser heute noch nicht zu widerlegen ist, in der er Bedenken äußert, ob sich die Entscheidungsträger den Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung wirklich stellen, so gibt es doch zahlreiche Beispiele, die deutlich machen, dass sich Kommunen und Wohnungsunternehmen dem Thema annehmen. Unternehmen und Kommunen ergreifen Initiative und schlagen neue Wege ein, um vorausschauend zu gestalten und ihre Unternehmensstrukturen und die Tätigkeitsfelder den sich ändernden Anforderungen anzupassen.

Heike Skok, Dipl. Soziologin
heike.skok@wogeno.de



Stadtteil-Arbeitskreis

Themen projektbegleitend weiterentwickeln, Bürgerinnen/Nutzer und Planer zusammenbringen



Forum

Raum schaffen für Aushandlungsprozesse, Stadtteilentwicklung



Internet

aktuelle Informationen und Ergebnisse, Anregungen und Bedenken online äußern



Ereignisse

Aufmerksamkeit schaffen, Vertrauen bilden, Projekte im öffentlichen Bewusstsein verankern

MEHR INFORMATIONEN DAZU UNTER
www.urbanes-wohnen.de
www.wogeno.de

Bestandsentwicklung mit weitem Blick



**Planungs-
werkstatt**

Standpunkte vermitteln, Erfahrungen austauschen, Konsens finden, Lösungen erarbeiten



Eigenleistung

Nachbarschaft fördern, Kosten senken, Kompetenz aufbauen



Nachbarschaft

Gemeinschaft bilden, Motivieren, Selbsthilfe fördern

Planungsbeteiligung – ein zentrales Werkzeug junger Wohngenossenschaften

Genossenschaften sind vom Grundansatz her basisdemokratische Organisationen. Dieser Geist ist in neu gegründeten Genossenschaften wie der WOGENO besonders spürbar. Sie werden in der Regel von Menschen gegründet, die neben dem langfristig sicheren Wohnen eine Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt für sich und ihre Nachbarn anstreben. Dafür bringen sie hohes persönliches Engagement auf. Die kooperative Planung eines Neubaus oder auch die gemeinschaftliche Entscheidung für den Kauf eines Bestandsobjekts ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Notwendigkeit für eine junge Wohngenossenschaft. Mitglieder, die in ein Haus einziehen möchten, müssen mit ihren Einlagen zur Finanzierung beitragen. Wer mitfinanziert, möchte auch an den Entscheidungen beteiligt werden. Dies endet nicht mit der Bauphase, sondern mündet direkt in die Objektverwaltung.

Der Vorteil für die Genossenschaft aus dieser Arbeitsweise: Die Finanzierung steht auf sicheren Füßen, das Vermietungsrisiko ist minimal, die Fluktuation vernachlässigbar, der Bestand wird gepflegt, der Verwaltungsaufwand ist gering. Die Mitglieder genie-

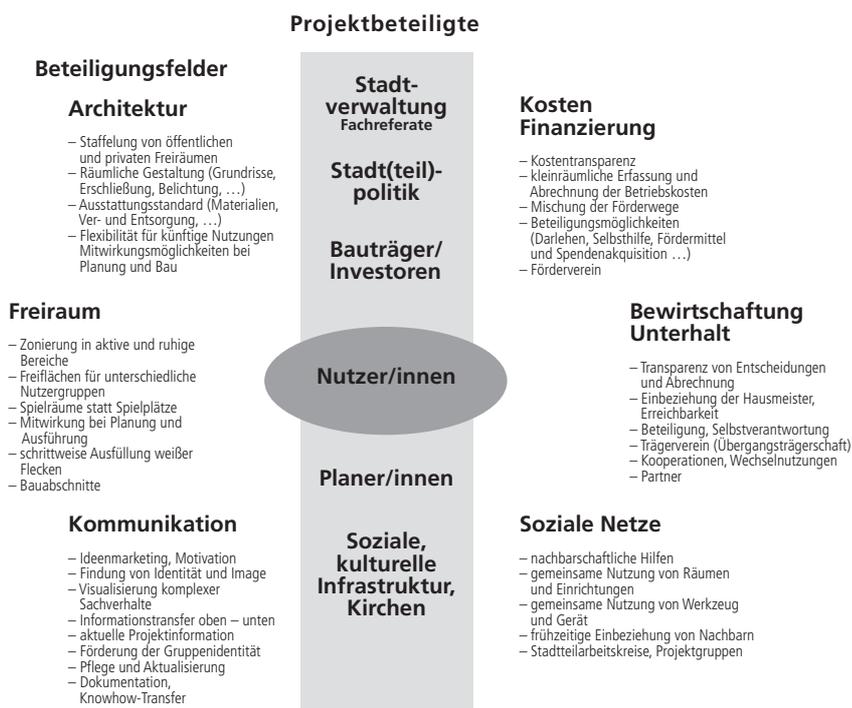
Die Anforderungen an Städte- und Wohnungsbau steigen, sei es wegen des Leerstands in der einen oder dem Mangel an Wohnraum in der anderen Region. Planungsansätze, die allein nach räumlichen Lösungen suchen, sind dabei wenig erfolgversprechend. Es sind vielmehr umfassende Ansätze gefragt: die unterschiedlichen Interessenslagen aller am Planungsprozess beteiligten Gruppen sind zu identifizieren und bei der Entwicklung von Konzepten und Vorschlägen zu berücksichtigen. Für den dauerhaften Erfolg von Projekten ist die Zufriedenheit aller Projektbeteiligten notwendig, also die Gewissheit, dass Nutzen und Lasten fair verteilt sind. Es gilt deshalb Konzepte zu entwickeln, die für alle Beteiligten Vorteile bringen.

Der Zufriedenheit der BewohnerInnen eines Stadtteils, einer Wohnanlage oder eines Hauses kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Ihre Kooperation bei geplanten Maßnahmen ist die Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Projekt- oder Bestandsentwicklung.

Gerade bei Baumaßnahmen z.B. anstehende Modernisierungen ist es von besonderer Bedeutung, diese im Vorfeld gut vorzubereiten, so dass für alle Beteiligten klar ist Belastungen auf Sie zukommen, aber welche Vorteile sie davon haben werden. Nur der Blick auf die langfristigen Perspektiven tröstet über den Staub und den Schmutz von Bauzeiten hinweg.

Für viele Projektpartner ist es höchst ungewohnt, dass gelernte Planerinnen und Planer nicht ausschließlich bauliche Maßnahmen zur Verbesserung von Wohnverhältnissen vorschlagen, sondern großen Wert auf den Gesamtblick legen. (s. Artikel von Helga Jäger S.15).

Dieser Ansatz basiert auf der Erfahrung im Kontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern. Fragen wir in Seminaren nach den Bereichen, die für die aktuelle Wohnzufriedenheit die größte Bedeutung haben (Architektur, Freiraum, Kosten/Finanzierung, Hausverwaltung/Unterhalt, Soziale Netze, Wohnungsvergabe/-belegung), so wird Architektur und Freiraum sehr selten an erster Stelle benannt. Wichtiger sind oft die nachbarschaftlichen Beziehungen (wo kann ich mir Eier für den Sonntagskuchen leihen? Wer gießt die Blumen bei Abwesenheit...), sowie die monatlichen Belastungen für das Wohnen und die voraussichtliche Kostenentwicklung.



Sehr oft bestimmen subjektive Einschätzungen den Alltag, losgelöst von den Realitäten einer Baumaßnahme oder den Gepflogenheiten einer Hausverwaltung. An dieser Stelle sind geeignete Methoden zur Vermittlung der nötigen Informationen und Transparenz besonders wichtig z.B. klare nachvollziehbare Betriebskostenabrechnungen etc.. Die Wohnwerkstatt von Urbanes Wohnen bietet maßgeschneiderte Seminareinheiten u.a. zu solchen Fragestellungen.

Planungsbeteiligung in den Bereichen Architektur und Freiraum, so wird grundsätzlich unterstellt, sei bauverzögernd und kostentreibend. Unsere Erfahrungen zeigen das Gegenteil. Projekte bei denen die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer in den Planungsprozess eingebunden sind kosten insgesamt (d.h. bei Berücksichtigung alle Kostengruppen) weniger und gehen schneller, wenn Beteiligungsbereiche klar definiert sind. Wird vereinbart, wo die Betroffenen Informations-, Beratungs-, Mitbestimmungs- oder auch Selbstbestimmungsrechte haben, können viele Auseinandersetzungen im Planungs- und Bauverlauf vermieden werden. Andernfalls kann es sein, dass sehr viel Zeit und Energie für Verfahrensfragen aufgewendet wird, statt alle Aufmerksamkeit den eigentlich wichtigen Themen zu widmen.



Gleichgewicht von Aufwand und Nutzen für alle Beteiligten

Eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Planungs- und Realisierungsprozess sind darüber hinaus verbindliche Vereinbarungen über die Vorgehensweise, u.a. Terminpläne. Eine sehr bewährte Vereinbarung lautet z.B.: „Werden Beteiligungsangebote nicht fristgerecht wahrgenommen so entscheiden die Bauherren oder deren Vertreter.“ Auf diese Weise können Verzögerungen durch evtl. schwerfällige Entscheidungsprozesse vermieden werden.

„Kurzum, fachliche Tugenden, die für die Mitte der Siebzigerjahre entwickelte behutsame Stadterneuerung kennzeichnend sind, sind keineswegs Auslaufmodelle, sondern vor dem Hintergrund der anstehenden Stadtumbauaufgaben mehr denn je gefragt. Für die Architekten tut sich ein Arbeitsfeld auf, das arbeitsintensiv ist und damit weniger unter Rationalisierungsdruck geraten kann als der computergestützte Neubauentwurf. Gut beraten sind Büros, die im eigenen Haus oder gemeinsam mit zuverlässigen Partnern Städtebau, Sozialplanung, architektonischen Entwurf und wohnungswirtschaftliche Beratung aus einer Hand anbieten können. Das werden in der Regel nicht jene sein, über die in den Feuilletons der großen Zeitungen berichtet wird, sondern jene, die den Alltag der Menschen gestalten und die damit jenseits des medial in Szene gesetzten Architekturgeschehens zur wirklichen Avantgarde gehören.“ (Wolfgang Kils Laudatio zum Bauherrenpreis Neubau 2004)

Thomas Hartmann, Architekt

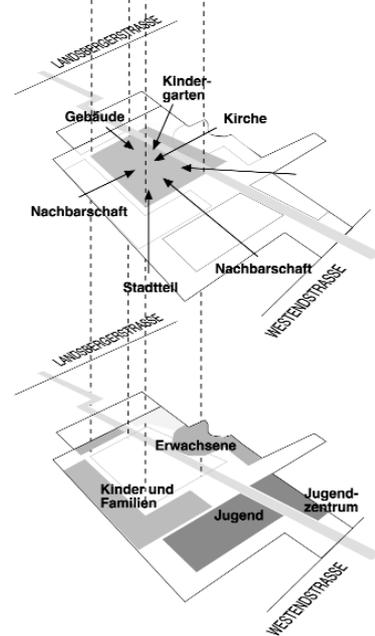
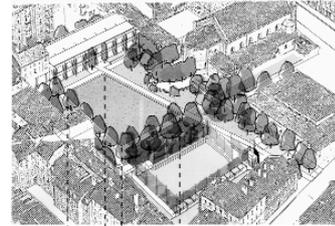
Thomas.Hartmann@urbanes-wohnen.de

Jan Weber-Ebnet, Freiraumplaner

jan.weber-ebnet@urbanes-wohnen.de

ßen nicht nur die Vorteile einer guten Hausgemeinschaft, die gegenseitige Unterstützung im Alltag bietet, sondern profitieren i.d.R. von dem hohen Maß an Engagement und Verantwortungsgefühl, das sich u.a. in ungewöhnlich niedrigen Betriebskosten niederschlägt.

Heike Skok, Vorstand Wogeno e.G.



Bürgerbeteiligung hat in der Stadtsanierung einen hohen Stellenwert und wird dort seit Jahren in verschiedensten Formen praktiziert. Dazu brauchen wir kompetente Kooperationspartner. Im Verein Urbanes Wohnen haben wir einen solchen Partner insbesondere für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefunden.

Mit Hilfe des im Verein vorhandenen Know-Hows konnten wir in den Sanierungsgebieten Westend und Hasenberg verschiedene Methoden erproben, weiterentwickeln und reflektieren. Damit ist eine fundierte Basis für weitere Beteiligungsprojekte entstanden.

Angela Wagner, Architektin

LH München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Abt. Stadtsanierung



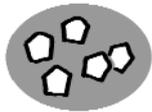
Aktionsraum, Stadtteilgarten Block 18W



nachhaltige Hausbewirtschaftung

Nachhaltigkeit in der Nutzung fördern, Unterhaltsaufgaben abstimmen, Kostentransparenz schaffen, Potenziale nutzen

Agora

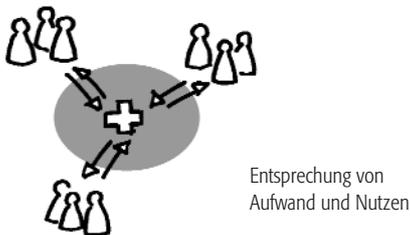


Projekt,
Rahmenbedingungen

Beteiligte



Nutzen



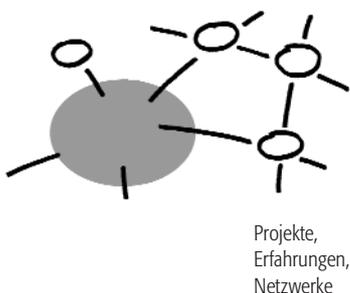
Werkzeuge



Prozess



Vernetzung



Agora – Schauplatz des öffentlichen Lebens

Kommunikation in städtebaulichen Entwicklungsprozessen und im Wohnungsbau

„... in der griechischen Stadt ist der Markt, die Agora, das Zentrum des öffentlichen Lebens. Sie dient nicht nur Handel und Gewerbe, sondern vielmehr allen gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten. Dieser Treffpunkt der ganzen Stadt ist Schauplatz von Versammlungen, Verhandlungen, Debatten, Festen und Staatsakten. ... sein ständig sich veränderndes Bild folgt nicht einer Planungs-idee, sondern der Dynamik eines Prozesses.“
(Dudens etymologisches Wörterbuch)

Schauplätze

„Gesellschaftliche Aktivitäten“ brauchen Schauplätze, die sich dynamisch den Anforderungen anpassen. Neben realen Schauplätzen, wie Foren, Ausstellungen, Werkstätten, Arbeitskreisen, runden Tischen, eröffnet das Internet neue Möglichkeiten virtueller Treffpunkte und Möglichkeiten der Vernetzung sowohl realer, als auch virtueller Schauplätze. Die Erfahrungen beim Bespielen realer Schauplätze können auf die neuen virtuellen übertragen werden.

Projekte

Projekte, an denen viele Akteure mitwirken und kontroverse Ziele aufeinander treffen, brauchen Orte für Versammlungen, Verhandlungen und Debatten:

- partizipative Planungs- und Aushandlungsprozesse in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau,
- Bauprojekte mit Nutzerbeteiligung und Selbsthilfe,
- Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung,
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Bildung von sozialen und fachlichen Netzwerken,
- Mieterinformation und -beteiligung,
- Mediation und Moderation, interkulturell und interdisziplinär,
- Entwicklung von Arbeits- und Kommunikationsstrukturen für Projekte, Einrichtungen und Unternehmen.

Mitwirkende

Über den „internen“ Kreis der beteiligten Fachleute hinaus bringen sich bei partizipativen Planungs- und Aushandlungsprozessen weitere Interessenvertreter ein:

- Wirtschaft, Finanzgeber,
- Verwaltung, Planung,
- Politik, Vertreter öffentlicher Belange,
- Einrichtungen vor Ort, soziokulturelle Infrastruktureinrichtungen,
- Initiativen, Bürgergruppen, ...
- Nutzer und Betroffene,
- künftige Nutzer.

Mittel, Verfahren

Die bei Planungsprozessen in Wohnungsbau und Stadtentwicklung bewährten Verfahren der Partizipation lassen sich auch auf den Umgang mit neuen Medien, insbesondere dem Internet übertragen. Internetbasierte Verfahren, die einen städtebaulichen Entwicklungsprozess oder einen Bauprozess begleiten, tragen zur Intensivierung des Dialogs und zur Vernetzung der Beteiligten bei. Selbständige Medienprojekte können nicht nur partizipativ entwickelt werden, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Stadtteilentwicklung, zur Verbesserung der Wohnumwelt – insbesondere von Kindern und Jugendlichen oder zur Identitätsbildung einer Gruppe oder eines Projekts leisten.

Websites, die keine statischen Inhalte haben, sondern sich kontinuierlich mit den Akteuren und dem Projekt entwickeln, werden zum lebendi-

gen virtuellen „Schauplatz des öffentlichen Lebens“. Mit partizipativen Methoden lässt sich die Kommunikation wirkungsvoll strukturieren und entwickeln.

Medienprojekte können als strategisches Werkzeug dienen, um Prozesse in der Stadtentwicklung oder in der Gemeinwesenarbeit anzustoßen, zu fördern und zu steuern, Identifikation zu bewirken und Kompetenzen zu bilden.

Nutzen

Beteiligungsverfahren, Moderation und Öffentlichkeitsarbeit sowie Informationsmanagement sind wesentliche Mittel, um die Ziele nachhaltiger Projektentwicklung effizient zu erreichen und Akteure langfristig einzubinden.

Ein intensiver, strukturierter Kommunikationsprozess stellt zunächst höhere Anforderungen an die Beteiligten. Das Engagement geht oft über das „normale Maß“ hinaus bzw. ist vollständig ehrenamtlich. Dem muss bei der Entwicklung von Kommunikationsstrukturen Rechnung getragen werden, um die Akteure langfristig und für sie nutzbringend am Projekt beteiligen zu können. Ein strukturierter Kommunikationsprozess und eine begleitende Unterstützung fördert die Konzentration der Akteure auf ihre eigentliche Kernkompetenz.

Wichtig ist es, gemeinsame Ziele zu definieren, die Möglichkeiten der Akteure realistisch einzuschätzen und den langfristigen Nutzen für jeden Akteur, jenseits rein finanzieller Rentierlichkeit, deutlich zu machen

- Konsensbildung in der Entwicklungsphase eines Projektes und damit zügigere Realisierung
- bedarfsgerechte Planung, hoher Gebrauchsnutzen und nachhaltige Effizienz durch Einbindung der Nutzer
- umfassende Information als Voraussetzung für kompetente Mitentscheidung auf allen Projektebenen
- verständliche und offen zugängliche Information zur Vermeidung von Ängsten und Missverständnissen
- Verkürzung von Kommunikationswegen, Effizienz
- Transparenz von Prozessen und Entscheidungen
- kontinuierlich wachsende Dokumentation
- direkte Kommunikation zwischen den Beteiligten, Know-How-Transfer
- Identifikation, Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, Aufbau bzw. Stabilisierung sozialer Netze
- Glaubwürdigkeit, Verbindlichkeit (auch über lange Realisierungszeiträume)
- interkulturelle Kommunikation, Mediation
- Förderung von Selbstorganisation
- Förderung von Medienkompetenz, sozialer Kompetenz

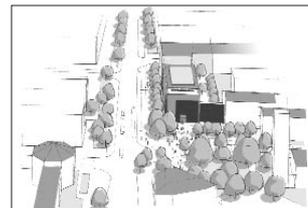
Anforderungen an die Wahrnehmung und Gestaltung

Die Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Gewöhnt an Tempo und Reizdichte des Fernsehens und vertraut mit der Komplexität von Computerdarstellungen, gehen wir heute mit wesentlich komplizierteren visuellen Botschaften um, als noch vor wenigen Jahren, allerdings auch schneller und oberflächlicher. Gewöhnt an den hohen Standard und die Möglichkeiten der digitalen Medien steigt die Erwartung an die Aufbereitung der eigentlichen Botschaft. Die Wertschätzung, unabhängig vom Inhalt, hängt daher wesentlich vom Anspruch des Design ab. In der täglichen Flut von Informationen steigt die Reizschwelle, oberhalb derer eine Botschaft überhaupt wahrgenommen wird bzw. ein Projekt wiedererkannt wird.

Kommunikation

Die Seh-Gewohnheiten und der spezifische kulturelle Hintergrund der Rezipienten entscheidet wesentlich darüber, wie Informationen aufgenommen und verstanden werden, wie damit umgegangen wird.

Bürger unterschiedlicher kultureller Herkunft, Erwachsene und Kinder und auch Fachleute verschiedener Disziplinen haben ihre spezifische



Visualisierung

Komplexe Inhalte anschaulich darstellen, visuelle Kommunikation zwischen unterschiedlichen Gruppen



Info-Plattform

Raum für Aushandlungsprozesse bieten, Infopool bereitstellen, moderieren, beraten, Prozesse anstoßen, steuern, verselbständigen



Mieterinformation

Mieterinnen einbinden – Kompetenzen aufbauen, Gruppenidentität entwickeln, Nachbarn informieren und aktivieren, Netzwerke bilden



Projektinformation

Strukturen abbilden, Arbeitsweisen transparent machen, Identität entwickeln, Mitwirkung anregen

Wahrnehmung und Ausdrucksweise, die den anderen Beteiligten vermittelt werden muss.

Das Internet hat Beteiligungsprozesse um Intensität und Aktualität bereichert, Voraussetzungen für Transparenz geschaffen und vor allem den direkten Dialog im virtuellen Raum zum festen Bestandteil von Aushandlungsprozessen gemacht.

Kommunikation verlagert sich in vielen Bereichen von realen Schauplätzen auf virtuelle. Hiefür brauchen die Beteiligten verständliche Strukturen und Kommunikationsregeln sowie eine kontinuierliche Moderation.

Kommunikationsdesign

Kommunikationsdesign bildet die Kommunikationsstruktur zwischen allen Beteiligten ab, regelt den Ablauf des Informationsflusses und definiert die Aufgaben einzelner Informationsprodukte im Zusammenspiel.

Die Kommunikationsstruktur wird in enger Abstimmung mit der eigentlichen Projektstruktur entwickelt, in einem interdisziplinären Team von Planung, Gemeinwesenarbeit, Sozialplanung, Kommunikationsdesign und klassischer Projektsteuerung.

Grundlage ist die Ermittlung der Interessen und der Mitwirkungsmöglichkeiten und –bereitschaft der wichtigsten Akteure. Ein konsensfähiges Verfahren wird entwickelt und mit allen Beteiligten abgestimmt, Aufgabenverteilung und Schnittstellen werden festgelegt.

Kommunikationsplattform

Es steht heute ein breites Spektrum von Medien zur Verfügung, von Faltblatt und Plakat über Veranstaltungen und Ausstellungen bis zum Internet, die je nach Einsatzbereich (Stadtteilentwicklung, Wohnungsbau, Mieterinformation, Bürgerbeteiligung) und Zielgruppe ausgewählt und aufeinander abgestimmt werden müssen.

Die Informationstiefe bzw. Zugänglichkeit der Medien wird definiert durch das mögliche Maß der Mitbestimmung und die Intensität der Mitwirkung einzelner Akteure. Dies reicht von reiner Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über das Motivieren und „Anschieben“ von Projekten bis zur konkreten Mitbestimmung und Mitwirkung.

Es entsteht eine Plattform für die Kommunikation zwischen allen am Projekt beteiligten Gruppen. Herzstück und Schaltstelle auf dieser Plattform ist die Website mit einem zentralen Informations- und Datenpool, aus dem die unterschiedlichen Medien gespeist werden.

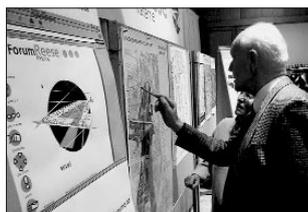
Die einzelnen Medien, Veranstaltungen, Ereignisse und Informationsmittel sind eng verzahnt und in Wirkung und Produktionstechnik aufeinander abgestimmt.

Sowohl professionell erstellte Informationsprodukte und Module der Öffentlichkeitsarbeit als auch eigenständige Informationsangebote von Projektpartnern oder Beiträge Ehrenamtlicher können auf dieser Informationsplattform wirkungsvoll integriert werden.

Authentizität und Lebendigkeit des Prozesses entsteht durch das Zusammenspiel von virtuellen Orten des öffentlichen Lebens mit realen Kommunikationsorten (Agora). Schauplätze und Strukturen passen sich kontinuierlich der dynamischen Entwicklung des Projektes an.

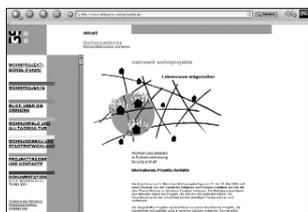
Jan Weber-Ebnet,

Architekt, Kommunikationsdesigner
jan.weber-ebnet@urbanes-wohnen.de



Information

Möglichkeiten aufzeigen, Bindungen und Zwänge vermitteln, Transparenz herstellen, Kompetenz aufbauen



Vernetzung

Informieren, beraten, motivieren, Projekte vernetzen, Know-how vermitteln, Selbsthilfe fördern



Stadtteilportal

Kräfte und Engagement im Stadtteil bündeln, zentral informieren, Entwicklungen anstoßen, Meinungsbildung fördern



Ausstellung

Vor Ort informieren, Interesse wecken, Initiativen und Gruppen mit eigenen Beiträgen einbinden



Ein besonderer „Dreh“

Der Einsatz des Mediums VIDEOFILM kann Beteiligungsprojekte auf vielfältige Weise unterstützen und mitgestalten.

Es gibt einen reichhaltigen und erprobten Methoden-Pool zur Konzeptentwicklung und Durchführung von Beteiligungsprojekten. Jedes Projekt hat seine Eigenheiten, besonderen Herausforderungen und braucht "seinen" methodischen Zuschnitt. Da heißt es "Bausteine" auswählen, variieren und mit neuen Ideen anreichern oder vielleicht auch mal was ganz anderes ausprobieren.

Haben Sie schon mal das Medium Video eingesetzt? Machen Sie es doch mal, denn Videofilmproduktionen erweisen sich als multifunktional für verschiedene Phasen von Beteiligungsprozessen.

Recherche

Schon im Rahmen vorbereitender Untersuchungen ist der Film ein geeignetes, qualitatives Erhebungs- und "Forschungsinstrument," um eine Vielfalt an Meinungen, Vorstellungen und Wünschen, aus verschiedenen Interessens- und Erfahrungsperspektiven zu recherchieren und zu dokumentieren.

Durch eine auf einem Leitfaden basierende Interviewtechnik in positiver Gesprächsatmosphäre können differenzierte authentische Aussagen eingefangen werden. Dieser „Dreh“ bringt oft auch überraschende Aspekte zum Vorschein, die für den Prozess sehr bedeutsam werden können.

Motivation

Beteiligungsprojekte brauchen Beteiligung – das klingt banal, es zu realisieren ist aber für die Initiatoren keine leichte Aufgabe. Es gilt ein breites Spektrum von Menschen zu gewinnen, die sich auf einen Prozess einlassen, der Engagement, Zeit und auch Geduld verlangt. Die Einsicht, dass sich der persönliche Einsatz lohnt, erfordert intensive Motivationsarbeit. Die Dreharbeiten eines Videofilms können einen Beitrag leisten, Bedenken und Hemmschwellen auszuräumen. Die InterviewpartnerInnen machen die Erfahrung: „wir sind gefragt!“. Das besondere Erlebnis, für einen Film interviewt zu werden, unterstreicht die Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit und macht gleichzeitig neugierig. Die Informationen zum Projekt werden mit neuer Aufmerksamkeit wahr genommen.

Die hohe Attraktivität des Mediums Videofilm trägt zur Bekanntmachung des Projektes bei. Für einen Film interviewt worden zu sein, das erzählt man gerne weiter – und so wirkt der Film schon während der Dreharbeiten als werbewirksame Maßnahme.

Auswertung und Präsentation

Die aufgezeichneten Interviews liefern den PlanerInnen und ModeratorInnen für die Konzeption des Projektes eine Bandbreite qualitativer Informationen zum Thema.

Zum anderen entsteht ein Film, der im Verlauf des Beteiligungsprojektes als vielseitiges Werkzeug dienen kann.

Aus dem Interviewmaterial werden Statements ausgewählt, zusammengestellt und mit illustrierenden Bildsequenzen und Musik zu einem genauso unterhaltsamen wie informativen Film aufbereitet, der ein lebendiges, kontroverses und spannendes Meinungsspektrum vermittelt. Der Film verzichtet auf jeglichen Kommentar und steht objektiv-neutral zum Inhalt des Projektes. Er bietet durch viele subjektive Aussagen eine ganze Reihe von Diskussionsanlässen. Der Film ist ein motivierendes Einstiegsmedium für Veranstaltungen aller Art, vom Workshop bis zur Podiumsdiskussion – und bereichert Infoboxen oder Ausstellungen.

Die „Filmpremiere“ ist eine attraktive Veranstaltungsform und kann als „Publikumsmagnet“ für besondere Ereignisse des Beteiligungsprojektes genutzt werden.

Marina Mann, Dokumentarfilmerin
marina.mann@t-online.de



Medienwerkstatt

Strukturen abbilden, Arbeitsweisen transparent machen, Identität entwickeln, Mitwirkung anregen



Wohnumweltreportage

Lebensumwelt wahrnehmen und darstellen, Anliegen formulieren und in die Stadtteilentwicklung einbringen



Film

Interesse wecken, Standpunkte und Stimmungen sammeln, Projekte präsentieren und auswerten, Aktionsforschung

Stadtteilentwicklung – Neue Medien – Jugendpartizipation: ein Modell

Im Stadtteilzentrum Milbertshofen im Münchner Norden wird seit nunmehr knapp einem Jahr mit Fördermitteln der Glücksspirale versucht gerade eben dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Im Rahmen dieses Jugendprojektes des Stadtteilzentrums beschäftigen sich Teenies und Jugendliche mit den städtebaulichen und stadtteilentwicklerischen Vorhaben, die in ihrem Stadtviertel, gewissermaßen ‚vor ihrer Nase‘, geplant und/oder am Laufen sind. Sie erkunden als Redaktionsteams, ausgestattet mit digitaler Kamera und Tonbandgerät, die geplanten Vorhaben, machen sich durch Gespräche mit Verantwortlichen sachkundig, beschaffen sich Pläne und Vorlagen und formulieren ihre Meinung, vor allem aber ihre Wünsche und Vorstellungen bezüglich der geplanten Projekte. Damit dies alles aber nicht unverbindliche Sandkastenspiele bleiben, werden diese Meinungen, Wünsche und eigene Vorstellungen dann mittels einer eigenen Internetpräsenz – der von ihnen gestalteten Jugendwebsite des Stadtteilzentrums – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dort diskutiert.



Dokumentation eines Kunstprojektes in Milbertshofen mit TeilnehmerInnenbefragung



Aktuelles Reportageprojekt:

- Beteiligung der Jugendlichen an Renovierung und Neugestaltung eines Kinder- und Jugendspielplatzes
- Veröffentlichung der Ideen der Jugendlichen dazu auf der Jugendwebsite
- Einbeziehung der Jugendlichen in den Kommunikationsprozess mit Verwaltung und PlanerInnen.

■ Städte bzw. Stadtteile sind einer rasanten Entwicklung und Veränderung unterworfen. Innerhalb weniger Jahre können ganze Stadtviertel neu entstehen oder bestehende Stadtviertel eine tiefgreifende Veränderung ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer inneren Kohärenz, ihres gesamten Ambientes erfahren.

Politik und Verwaltung sind natürlich bemüht die Bürger an der Planung dieser Veränderungen und Entwicklungen teilhaben zu lassen. Aber oftmals handelt es sich dabei um Prozesse, deren Verläufe über den langen bürokratischen, mit allerlei Hindernissen und Fallstricken versehenen Instanzenweg hinweg für den einzelnen Bürger nicht mehr einsehbar, verstehbar und nachvollziehbar sind.

Ein schwieriges Thema.

Umso schwieriger, als gerade diejenigen – die Kinder und Jugendlichen – deren persönliche Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von den Gegebenheiten des Stadtteils, in dem sie wohnen, sehr stark geprägt werden, nicht gerade große Begeisterung zeigen, wenn es darum geht an politischen und verwaltungstechnischen Prozessen mitzuwirken, an ihnen teilzuhaben.

Was tun?

Nun, Kinder und Jugendliche haben ein elementares Interesse an ihrer Umwelt, an dem, was um sie herum vorgeht – auch wenn für Außenstehende und gerade uns Erwachsene mitunter der Fokus dieses Interesses nicht sofort ersichtlich, verstehbar oder sogar willkommen ist. Hinter der coolen Maske des Heranwachsenden stecken offene Ohren und interessierte Augen – nur: wie können wir dieses Interesse auf Dinge lenken, die für viele Jugendliche so ‚absolut uncool‘ und ‚out‘ sind? Denn kein Jugendlicher wird sich wohl darum reißen, an langatmigen, von Routine geprägten und über weite Strecken auch langweiligen Gremiensitzungen teilzunehmen!

Hier gilt es Kreativität und Phantasie einzusetzen und den Kindern und Jugendlichen etwas ‚auf die Finger zu schauen‘, sprich: sich mit ihren Interessen und Verhaltensweisen zu beschäftigen.

Die neuen Medien Mobiltelefon, Computer und Internet haben einen hohen Kurswert bei den Jugendlichen, sind sie doch für die Umsetzung und Verwirklichung ihrer Interessen und Wünsche hervorragende Werkzeuge: schnelle Kommunikationsmöglichkeiten, hohe Verfügbarkeit, schneller Zugang zu dem ‚was anmacht‘: Musik, Film, Information, Kontakt. Jugendliche wollen ‚etwas machen‘ und auch schnell Ergebnisse sehen, Feedback erhalten.

Was liegt also näher als zu versuchen Themen der Stadtteilentwicklung mittels der neuen Medien an Jugendliche heranzutragen und ihnen über diesen Weg Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen?

Auf diese Art und Weise gelingt es, den Fokus des Interesses der Jugendlichen auch auf diese städtebaulichen und für die Stadtteilentwicklung relevanten Geschehnisse zu richten, sie für diesen Themenbereich zu interessieren und ihnen unorthodoxe und ihrem Lebensgefühl entsprechende Mittel und Wege aufzuzeigen, wie sie ihre Vorstellungen und Wünsche in diese Projekte und Prozesse einbringen können.

Helmut Gmeinwieser

Diplom-Soziologe

Leiter Stadtteilzentrum Milbertshofen

Webdesigner

h.gmeinwieser@verein-stadteitarbeit.de

Wohnwertverbesserung – Bedarfsanalyse und Konzeptentwicklung

■ Wohnungsunternehmen mit einem Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen spüren heute den Problemdruck durch die gesellschaftliche Polarisierung von Arm und Reich ganz unmittelbar. Während sich der Wohnungsmarkt insgesamt immer mehr entspannt, verschärfen sich die Engpässe bei preiswerten Altbau- und Sozialwohnungen. Die Folge ist eine sozialräumliche Konzentration von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen auf bestimmte Wohnquartiere, die häufig eine negative Dynamik entfaltet und von den Wohnungsunternehmen allein durch bautechnische Nachbesserungen oder punktuelle Einzelmaßnahmen nicht mehr zu steuern ist.

Problemstellung und Ziele

Häufig besteht eine Bündelung von Problemlagen, die die Attraktivität eines Wohnquartiers und damit zugleich die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gefährdet.

Folgende Ausgangssituationen sind für Wohnungsunternehmen oder Kommunen oft der Anlaß, eine vorbereitende Untersuchung zu beauftragen:

- Bevorstehende Sanierungsmaßnahmen
- Auslaufende Sozialbindungen
- Bautechnische Mängel im Bestand (Ausstattung, Grundriß, Fassade, Wohnumfeld)
- Häufiger Mieterwechsel, Mietausfälle, verbunden mit Leerstandszeiten und erhöhtem Renovierungsaufwand
- Erhöhter Instandsetzungsaufwand in Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnumfeld
- Nachbarschaftskonflikte aufgrund unterschiedlichen Wohnverhaltens und kultureller Gegensätze zwischen Mietergruppen (Jung – Alt, Ausländer – Deutsche)
- Unattraktives Wohnumfeld und/oder fehlende Infrastruktur
- Imageverlust des Quartiers in der unmittelbaren Nachbarschaft oder in der Gemeinde

Wohnwünsche und Bedürfnisse, die die Wohnzufriedenheit von Mietern erhöhen und gleichzeitig zu einer stabilen, funktionierenden Mietergemeinschaft beitragen könnten, sind den Unternehmen meist nicht bekannt.

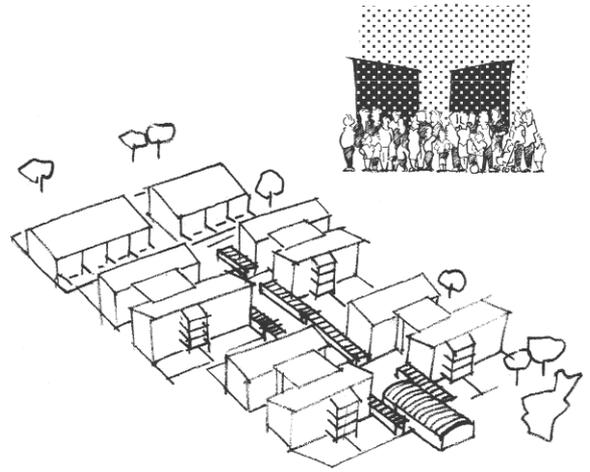
Die Auftraggeber erwarten sich von der Untersuchung Daten und Informationen zum bautechnischen Bestand und zur gegenwärtigen Bewohnerschaft sowie Empfehlungen und Konzeptvorschläge, wie z.B.

- eine Wohnwertverbesserung,
- eine Wohnumfeldverbesserung,
- die Durchführung einer sozialverträglichen Sanierung,
- eine erhöhte Wohnzufriedenheit bestehender und zukünftiger Mieter,
- ein Abbau sozialer Spannungen und die Stärkung von Nachbarschaften,
- die Verringerung von Fluktuation und Leerstand oder
- eine Imageaufwertung des Quartiers erreicht werden kann.

Verfahren

URBANES WOHNEN hat aus seinen Praxiserfahrungen Prinzipien und Verfahrensweisen entwickelt, die mehrfach mit Erfolg angewandt wurden. Hierzu gehört, daß die Bedarfsanalyse in enger Abstimmung, Kooperation und Mitwirkung aller am Untersuchungsobjekt Beteiligten erfolgt.

Beteiligung beginnt bereits bei der Grundlagenermittlung beispielsweise durch persönliche Interviews von Projektbeteiligten, einer schriftlichen Bewohnerbefragung und der Durchführung eines Mietersprechtages vor



Aktuelle Strategien der Bestandsverwaltung

In der Wohnungswirtschaft ist eine Tendenz zu beobachten, den persönlichen Kontakt zu Mieterinnen und Mietern zu stärken und soziales Management einzuführen. Vereinzelt gibt es sogar Projekte, bei denen die (zukünftigen) Mieterinnen und Mieter eingebunden werden in die Gestaltung ihrer Wohnanlage. Beispiele sind die Projekte der Sozialbau Kempten und der GWG in Ingolstadt Ende der 90er Jahre. Aktueller ist die Wohnanlage der Heimbau Bayern in Neuaubing oder die der GEWOFA in der Messestadt Riem. Wie sind diese Entwicklungen einzuschätzen?

Die Wohnungswirtschaft und hier insbesondere die im VdW Bayern organisierte sozial orientierte Wohnungswirtschaft mit Genossenschaften, kommunalen Wohnungsunternehmen, kirchlichen und privaten Wohnungsunternehmen bietet ein Spiegelbild der Gesellschaft. Wachsende gesellschaftliche Probleme spiegeln sich vor allem in größeren Wohnsiedlungen wieder. Besonders betroffen sind davon Siedlungen mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen. Die Verwaltung dieser Wohnanlagen wird schwieriger, weil z.B. das Aggressionspotential der Mieterinnen und Mieter zunimmt, und kostenintensiver. Letzteres äußert sich in vandalismusbedingten höheren Instandhaltungsausgaben und sinkender Zahlungsmoral mit steigenden Mietausfällen.

Soziales Management ist ein Mittel, mit dem Wohnungsunternehmen versuchen, diese negative Entwicklung zu stoppen. Ein besseres Miteinander in den Wohnsiedlungen hat positive Auswirkungen auf das Wohnklima. Mietschuldnerberatung hilft Zahlungsmoral und Zahlungsfähigkeit zu verbessern und damit kostenintensive Räumungsklagen zu vermeiden. Soziales Management trägt damit auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Unternehmenserfolg bei.

Eine weitere Stufe zur Stabilisierung von Nachbarschaften stellen Mieterbeteiligungsprojekte dar. Wenn es gelingt, das Interesse der Mieterinnen und Mieter für ihre Umgebung, für ihre direkte Nachbarschaft und die dort lebenden Menschen zu wecken, kann das Wohnklima nach den Erfahrungen unseres Verbandes deutlich verbessert und die Fluktuationsquote reduziert werden. Die hierfür erforderlichen Investitionen können sich durchaus lohnen. Voraussetzung für den Erfolg ist allerdings die fachliche und menschliche Eignung der Moderatorinnen und Moderatoren.

Xaver Kroner

Mitglied der Geschäftsführung VdW Bayern



**mobiles
Stadtteilbüro**

Auf Tour im Stadtteil, Entwicklungsmaßnahmen vorbereiten, vor Ort informieren und beraten



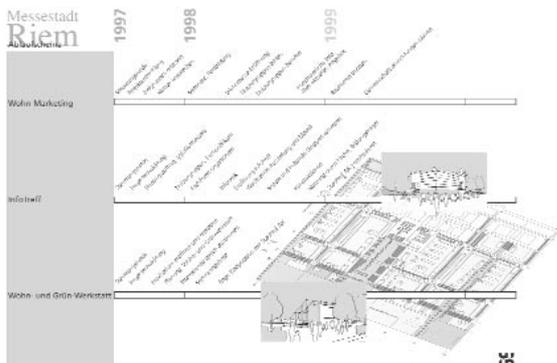
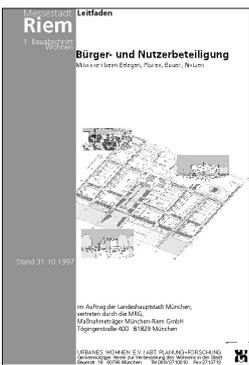
**interkulturelle
Moderation**

Interessenkonflikte in der Wohnumwelt vermitteln, Moderation zwischen unterschiedlichen professionellen, sozialen und kulturellen Milieus



**Sofort-
maßnahmen**

Zeichen setzen, Kommunikationsanlässe schaffen, lange Planungszeiträume überbrücken, Orte ins Bewusstsein rücken



Ort bis hin zur späteren Präsentation und Umsetzung der Maßnahmen und Verfahrensvorschläge unter aktiver Mitwirkung aller am Prozess Beteiligten.

Gesprächsleitfäden für qualitative Interviews und die Inhalte der Bewohnerbefragung werden je nach Aufgabenstellung projektbezogen entwickelt und gestaltet. Im Kontakt mit den Bewohnern werden verschiedene Kommunikationsinstrumente (Aushang, Fragebogen, Infoblatt, Einzelinterview, Mietersprechtag, Bewohnerversammlung, website) entsprechend der Bewohnerstruktur und Größe der Anlage ausgewählt, um möglichst viele zu erreichen und sie zum Mitdenken zu motivieren.

Projektbeteiligte sind dabei nicht nur die verschiedenen Abteilungen des Wohnungsunternehmens und die Bewohnerschaft selbst, sondern auch Vertreter von Politik, Förderbehörden, Wohnungsverwaltung und stadtteilbezogener Infrastruktureinrichtungen. Bei Interviews mit diesen Vertretern und bei der Bewohnerbefragung geht es neben der Erhebung quantitativer Daten vor allem um deren Einschätzung der aktuellen Problemlage, deren Interessen an und Erfahrungen mit dem Projekt, um mögliche Lösungsansätze aus Sicht dieser „Experten vor Ort“ und um ihre zukünftige Mitwirkungsbereitschaft.

Die Auswertung der gesammelten Daten, Ortsbesichtigungen, Interviews und Befragungen ergibt ein Gesamtbild über den aktuellen Ist-Stand, aus dem heraus Defizite und Entwicklungspotentiale ermittelt werden können.

Konzeptentwicklung

In einem weiteren Schritt wird ein maßgeschneidertes Gesamtkonzept mit verschiedenen Maßnahmen und Projektbausteinen entwickelt, das alle Bereiche mit einbezieht, welche die Wohnzufriedenheit im innen und den Wohnwert nach außen positiv beeinflussen:

- Im Bereich **Hochbau** können dies bauliche Veränderungen im Bestand sein wie z.B. Grundrissveränderungen, Verbesserung der Ausstattung oder die Neugestaltung von Treppenhaus, Eingangsbereich oder Fassade.
- Maßnahmen im Bereich **Freiraum** können sich auf die Neu- oder Umgestaltung von Hausvorplätzen, Freiflächen, Spielplatz, Mietergärten, Erschließung und Parkraum beziehen oder auf die Entwicklung neuer Nutzungsregeln und Zonierungen in Teilbereichen des Wohnumfeldes.
- Bauliche- oder Wohnumfeldmaßnahmen zielen immer darauf ab, die Nutzungsqualität und Attraktivität der Anlage zu erhöhen, sie dem Bedarf der bestehenden Bewohnerhaushalte anzupassen oder um neue Zielgruppen zu gewinnen.
- Im Bereich **nachbarschaftliche Netze und Soziales** gehen die Sichtweisen von Projektbeteiligten oft sehr weit auseinander. Zum Beispiel wird von außen häufig als „Problemindikator“ ganz allgemein der hohe Anteil von Familien fremder Herkunft (Ausländer, Aussiedler) genannt, der die Vermietbarkeit und das Image der Siedlung negativ beeinflusst. Als Lösung wird dann generell eine ausgewogene Mischung deutscher und ausländischer Haushalte angestrebt. Andererseits gehören gerade diese ausländischen Familien zu den stabilen Bewohnergruppen mit geringer Fluktuation, die kleinteilige, gut funktionierende Nachbarschaftsbeziehungen pflegen und ein großes Interesse an der Mitgestaltung von Wohnung und Wohnumfeld zeigen.

Bei Maßnahmevorschlägen geht es daher vor allem darum, Integration und Kommunikation von Bewohnergruppen zu fördern, nachbarschaftliche Netze zu stärken und mehr Information zu gewährleisten. Dies können kleinteilige Maßnahmen wie die Bereitstellung von „Raum“ (Gemeinschaftsräume, Beteiligungsspielräume) sein, infrastrukturelle Maßnahmen wie z.B. die Verbesserung der Nahversorgung, zielgruppenspezifische Angebote oder wohnbegleitende Serviceleistungen bis hin zur Einrichtung eines Quartiersmanagements, das die haus- und siedlungsbezogenen

Maßnahmen sozialorganisatorisch begleitet und die Mitwirkung, Information und Umsetzung gewährleistet.

Maßnahmen im Bereich Hausbewirtschaftung und Wohnungsvergabe sind in hohem Maße abhängig von der Förderstruktur der Anlage und den Verwaltungsstrukturen vor Ort. Vorschläge können sich hier auf eine Feinststeuerung der Belegung, auf eine mehr kundenorientierte Mieterbetreuung und Verwaltung beziehen oder auf eine Neugliederung der Bewirtschaftungseinheiten mit mehr Kostentransparenz und Mitverantwortung der Mieter.

Das Gesamtkonzept enthält neben dem Maßnahmenkatalog in den beschriebenen Teilbereichen auch einen Vorschlag zur Prioritätensetzung, zu Beteiligungsspielräumen und zur zeitlichen Abfolge von Maßnahmen. So signalisieren z.B. vertrauensbildende Sofortmaßnahmen und eine umfassende Information der Projektbeteiligten, daß Anliegen und Vorschläge ernst genommen werden, zugleich überbrücken sie Vorlaufzeiten für Planung und Detailentwicklung von Projekten.

Effekte und Finanzierung

Der Ansatz von URBANES WOHNEN, alle Projektbeteiligten bereits bei der Vorbereitenden Untersuchung einzubinden, führt zu einer differenzierteren Auseinandersetzung und Reflektion mit dem Gegenstand der Untersuchung. Während zuvor z.B. Unzufriedenheit und ein Negativimage sich auf ein Detail oder eine Problemgruppe reduzierte, werden im Verlauf der Untersuchung Qualitäten und Vorzüge der Anlage neu entdeckt oder wieder ins rechte Licht gerückt.

Durch Beteiligung und Information findet so auch eine Sensibilisierung der Projektbeteiligten statt, die identitätsfördernd wirkt. Sie ist eine Chance für Wohnungsunternehmen, die allerdings durch langes Zögern bei der Umsetzung von Maßnahmen und Aktionen leicht verspielt werden kann.

Dabei können Einzelprojekte des Maßnahmenkatalogs auch unabhängig oder nacheinander durchgeführt oder beauftragt werden, sofern die Wechselwirkung und der Gesamtzusammenhang im Auge behalten und aufeinander abgestimmt wird.

Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen können sich direkt betriebswirtschaftlich auswirken z.B. durch Einsparung in den Kostenbereichen Mietausfälle, Reinigung, Instandhaltung oder Betriebskosten. Andere lassen sich zwar nicht monetär erfassen, zeigen sich aber in einer größeren Zufriedenheit der Bewohner, in der Nachfrage neuer Zielgruppen oder in einer Imageaufwertung und positiveren Berichterstattung in der Öffentlichkeit. Aktivitäten und positive Effekte von Maßnahmen sollten als Marketingstrategie des Unternehmens immer auch öffentlichwirksam nach innen dokumentiert und nach außen durch gezielte Pressearbeit und Informationspolitik begleitet werden.

Grundsätzlich muß sich das Wohnungsunternehmens bei Investitionen entscheiden, welches strategische Ziel, welches zukünftige Marktsegment es bedienen möchte und kann. Mit dem Auslaufen von Belegungsbindungen und einem entspannten Wohnungsmarkt sollten

sozial orientierte Wohnungsunternehmen auch in Zukunft breite Unterstützung von Kommunen und Förderstellen erfahren, um bei der Versorgung einkommenschwacher Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum auch der sozialen Aufgabe gerecht zu werden.

Helga Jäger, Dipl.-Soz.Pädagogin
helga.jaeger@urbanes-wohnen.de



**Belegungs-
markt**

Sich kennen lernen, Nachbarschaften bilden, Konflikte vorbeugen

Als Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Projektbeteiligten können folgende Prinzipien genannt werden:

- Lokale Ressourcen aller Art aufspüren, mobilisieren und integrieren (baulich-räumlich, organisatorisch, finanziell, sozial).
- Festlegung eines klaren Handlungsrahmens mit klar definierten Entscheidungsebenen und Beteiligungsspielräumen (überschaubare Zeiträume, übersichtliche Realisierungsschritte, Offenheit für Veränderungen).
- Beteiligung und Mitverantwortung müssen einander entsprechen: Beteiligung erfordert eine klare, nachvollziehbare Eingrenzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sachzwänge und Fachentscheidungen sind transparent darzustellen. Die Beteiligten brauchen einen überschaubaren Zeithorizont. Geben und Nehmen müssen sich die Waage halten; persönlicher Einsatz braucht erkennbaren Erfolg.
- Faire Verteilung von Nutzen und Lasten gewährleisten: Dem persönlichen Einsatz (Geld, Zeit, Engagement, Spenden, ...) jedes Einzelnen muß ein Nutzen gegenüber stehen, der sich in sehr unterschiedlichen Formen ausdrücken kann: Soziale Kontakte, Anerkennung, Wohnqualität, Arbeits erleichterung, Kosteneinsparung, Eigeninitiative, Mieterbindung, ... Dies fördert Identifikation und Engagement unter allen Beteiligten. Dieses Verhältnis und die eigene Erwartung muss allen Beteiligten klar sein.
- Zonierung: Eine differenzierte Abstufung der Räume von Privat bis Öffentlich ist Voraussetzung für das Funktionieren des sozialen Miteinanders und der dafür vorgesehenen Räume. Den Graden von Öffentlichkeit entsprechen unterschiedliche Grade von Beteiligung und Mitsprache.
- Strategie der weißen Flecken: Vorhaltung von Flächen (im Freiraum) bzw. von Mitteln zur Nachrüstung und Ausgestaltung der Planung entsprechend den Erfahrungen aus der alltäglichen Nutzung.
- Hilfe und Fachberatung zur Bewohnerbeteiligung, Selbsthilfe und Selbstorganisation anbieten.

Thesen zur Planungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe

Partizipation wird als übergreifender und durchgehender Arbeitsansatz in allen Bereichen der Jugendhilfe gesehen. Diese Sichtweise leitet sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie aus den fachlichen Standards der Jugendhilfe, der Lebensweltorientierung, Dienstleistungsorientierung und Professionalität ab.

Verschiedene Befragungen und Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener kommen zu dem Ergebnis, dass „die Altersgruppe der 14–24-Jährigen die Bevölkerungsgruppe darstellt, die das höchste ehrenamtliche Engagement aufweist.“

Das Engagement im Jugendalter gilt auch als Anstoß, sich später im Leben ehrenamtlich zu engagieren und hat damit eine prägende biografische Bedeutung.

Beteiligung in verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe

Das Partizipationsprinzip setzt sich in folgenden Handlungsfeldern der Jugendhilfe um:

Verbandliche Jugendarbeit: Jugendverbände als Zusammenschlüsse von Kindern und Jugendlichen haben grundsätzlich demokratische Strukturen mit hohen partizipativen Anteilen, mit Selbstorganisation in Jugendgruppen und Jugendverbänden und eigenständiger Zuschussvergabe. Die Jugendverbände verstehen sich als Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen

Offene Kinder- und Jugendarbeit richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen und sichert entsprechende Gestaltungsoptionen durch die Kinder- und Jugendlichen. Im Rahmen von aktivierenden methodischen Ansätzen sind Mitsprache und Partizipationskultur, insbesondere bei Programmgestaltung und durch Raumanweisung meist hoch entwickelt. Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche eröffnen ihnen Gestaltungsmöglichkeiten in den Stadtteil bzw. Sozialraum hinein.

Kulturelle und bildungsorientierte Kinder- und Jugendarbeit. Kulturelle Aktivitäten haben für die Freizeit und die kulturelle Orientierung junger Menschen einen hohen Stellenwert und sind als eigenständige Form ihrer Interessensartikulation und ihres Gestaltungswillens zu betrachten. Der Bereich reicht von



Ideenwerkstatt

Konkrete Lebensumwelt verbessern, Visionen entwickeln, gewichten, umsetzbare Lösungen ableiten

■ Partizipative Planung unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfährt seit Jahren ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Kinder träumen von spannenden und abwechslungsreichen Spiel- und Erlebnisräumen in der Stadt, sie wollen nicht nur Ideenlieferanten sein, sie wollen auch bei der praktischen Umsetzung aktiv mitwirken. Eltern und Pädagogen fördern dieses Anliegen, Planer versuchen zunehmend die Wünsche und Vorstellungen der Kinder gemeinsam mit ihnen umzusetzen. Zahlreiche Spiel- und Erlebnisräume sind so an Kindergärten, Schulen, Freizeitstätten und im öffentlichen Raum mit Kindern für Kinder in Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung erfolgreich in München geplant und realisiert worden.

Kinder sind aktiv

Sie gestalten ihre Umgebung nach ihren eigenen Bedürfnissen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Kinderbeteiligung an der Planung von Freiflächen greift diese Lust am Tun, die Freude am Gestalten auf.

Neue Planungskultur

Kinder und Jugendliche in konkrete Planungsvorhaben einzubinden, ist eine Herausforderung für alle Fachleute. Oft sind Abläufe und planerische Notwendigkeiten selbst für erwachsene Laien nur schwer zu verstehen.

Keine Rezepte!

Für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in konkrete Planungsvorhaben gibt es kein Patentrezept. Die Ausgangsbedingungen, Zielgruppen und Kooperationspartner sind bei jedem Projekt anders.

Der Weg ist das Ziel

Kinder und Jugendliche aktiv in ein Planungsprojekt einzubinden, ist als pädagogischer Prozess zu verstehen – für alle Beteiligten.

Es bedeutet nicht, Wünsche und Vorstellungen der Kinder abzufragen und 1:1 in eine Planung umzusetzen, dabei pädagogische und planerische Erkenntnisse in der Spielraumgestaltung ausser Acht zu lassen.

Kinder reproduzieren Erlebtes und Bekanntes. Auch Familie und soziales Umfeld spielen eine wesentliche Rolle in ihren Wünschen und Träumen. Die von ihnen formulierten Bedürfnisse sind zu interpretieren.

Vielfalt

Kinderbeteiligung heißt, aufbauend auf die Vorstellungen der Kinder und zusammen mit ihnen individuelle und kreative Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, ihnen auch echte Spiel- und Aktionsräume zu geben, die sie spielerisch erfahren und mit allen Sinnen erfahren können.

Grenzen

Jede Planung unterliegt Rahmenbedingungen, die den Spielraum der Beteiligung beeinflussen. Zum Beispiel: Klärung der rechtlichen und strukturellen Vorgaben und Richtlinien sowie des finanziellen Rahmens vor Projektbeginn und verbindliche Festlegung des möglichen Beteiligungsumfanges mit den Entscheidungsträgern.

Der Rahmen muß für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar sein. Für die Kinder ist es wichtig, dass ihnen in altersgemäßer Form vermittelt wird, wie und auf welcher Grundlage Entscheidungen getroffen und Vereinbarungen hergestellt werden.

Kinderbeteiligung braucht Zeit.

Termine sind einzuhalten für Genehmigungen, Ausschreibungen oder Vergabe, die sich noch an den üblichen Verfahrensweisen ohne Kinderbeteiligung orientieren.

Öffentliche Mittel müssen vorher beantragt, bewilligt und genehmigt,

dann aber meist auch recht schnell abgerufen werden. Die Zeitspanne zwischen Planung und Umsetzung darf nicht zu groß bemessen sein. Die Kinder verlieren sonst den Bezug zum Planungsvorhaben. Hier sind kleine Schritte mit sichtbaren Zwischenergebnissen und Erfolgen für alle Beteiligten weitaus motivierender als große, zeitlich ausufernde Lösungen.

Konkrete Verortung

Ein Planungsprojekt mit Kindern muß sich auf deren Erfahrungsbereich, auf ihre unmittelbare Lebenswelt beziehen.

Je konkreter ein Projekt "verortet" ist und seine Rahmenbedingungen feststehen, je klarer die Rollen der Beteiligten definiert sind, umso erfolgversprechender ist das Beteiligungsvorhaben.

Offenheit und Flexibilität

Im Ablauf eines Planungsverfahrens mit Kinderbeteiligung ist es notwendig, von Anfang an ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität mitzubringen. Dies betrifft nicht nur die Zeitplanung, sondern auch die Wahl der Beteiligungsmethoden. Unerwartete Entwicklungen während des Projektverlaufs sind von vornherein als Bestandteil der konzeptionellen Herangehensweise und Zielsetzung einzuplanen. Planer und Pädagogen müssen ihre gewohnten Verfahren und Methoden an eine ganzheitliche, auf die Kinder zugeschnittene Vorgehensweise anpassen. Offenheit aller Beteiligten gegenüber andersartigen Meinungen und Gestaltungsvorschlägen ist Voraussetzung für ein kreatives und konstruktives Miteinander.

Kinder ernst nehmen

Werden Kinder aktiv in ein Planungsverfahren einbezogen, muß man sie selbst und ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst nehmen, auch wenn die eine oder andere Äußerung anfangs etwas ungewöhnlich oder sogar unrealistisch wirkt. An der Art und Weise, wie wir Erwachsene auf sie eingehen, erkennen Kinder oder Jugendliche sehr schnell, ob sie ernst genommen werden oder nicht. Entsprechend gestaltet sich dann ihr weiteres Interesse und ihre Mitwirkung.

Miteinander reden

Eine Planung und deren Umsetzung ist ein komplexes Geschehen mit vielen Beteiligten. Wichtig ist eine Kontaktaufnahme zu allen beteiligten Stellen (Verwaltung, politische Gremien, Schulen, Freie Träger) und eine laufende Information auch über Zwischenergebnisse.

Erwägen Sie, den Kreis der Beteiligten zu erweitern, um möglichst viele von der Planung betroffene Gruppen zu hören und in den Prozeß mit einzubeziehen (Eltern, Hausmeister, Nachbarn, ältere Leute, Jugendliche).

Machen Sie sich auf Widerstände von Außen gefaßt, denn Planen mit Kindern heißt zwangsläufig **Planen für Kinder**.

Kinder sind keine Ideenlieferanten ...

Die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung eines Spielraumes beschränkt sich nicht nur auf den kurzen Abschnitt der Ideenfindung oder Planung, sondern ist als ganzheitlicher Prozess in allen Phasen der Planung, des Bauens bis hin zur Inbesitznahme und Nutzung zu verstehen.

Gerade die Einbindung der Kinder in die **Umsetzung** der gemeinsam entwickelten Vorschläge schafft Verständnis für die Planung und erzeugt Identifikation und Verantwortung für das Geschaffene.

Fazit:

Planungsbeteiligung macht Spaß, nutzen Sie die Chance für unkonventionelle Projekte – die Kinder und Jugendlichen werden es Ihnen danken.

Michael Kunze, Umweltpädagoge
michael.kunze@urbanes-wohnen.de



**Planungs-
werkstatt**

Umsetzbare Lösungen entwickeln, Planung verstehen und begleiten, Bindungen erkennen

Musikvereinen über Theatergruppen bis zu kulturellen Szenen.

Die Bandbreite der **politischen Partizipation** in München reicht von parlamentarischen Formen über offenere Foren bis zu projektorientierter Partizipation. Unterstützt werden diese partizipativen Formen der direkten Kinderinteressenvertretung durch indirekte Formen der Kinderinteressenvertretung durch Erwachsene, wie z.B. Kinder- und Jugendbeauftragte, Kinderfreundlichkeitsprüfungen etc.

In München gibt es verschiedene Partizipationskonzepte, wie z.B. das Konzept „München Stadt für Kinder“, das Konzept „Spielen in München“, „Kinder- und Jugendkulturarbeit in München“ oder die „Perspektive München“.

Praktische Beispiele von Partizipationsprojekten, die durch die LH München gefördert werden:

- Münchner Kinder- und Jugendforum
- Münchner Jugendrat
- Grüne Schul- und Spielhöfe
- Jugendinformationszentrum (JIZ)
- Kinderinformationsladen der Spiellandschaft Stadt
- Infofon e.V.
- „Auf die Perspektive kommt es an! Münchner Kinder mischen mit“
- Internet München-Portal für Kinder (ca. ab Anfang 2004 online)

München hat in vielen Partizipationsprojekten bundesweit Maßstäbe gesetzt und inhaltlich und methodisch vorbildliche Ansätze entwickelt. Die schwierige Haushaltssituation der Kommunen führt in diesem Bereich ebenfalls zu schmerzhaften Einschnitten. Zu hoffen ist, dass diese Arbeitsbereiche trotzdem im Kern gesichert werden können.

Karl-Heinz Hummel
LH München, Jugendamt



Grüne Schul- und Spielhöfe – Methoden und Werkzeuge partizipativer Frei- raumplanung



**Umwelt-
erkundung**

Wohnumwelt spielerisch erforschen, Natur erfahren, entdecken



**Stadtteil-
erkundung**

Stadtteil erforschen, Spiel- und Streifräume dokumentieren, Qualitäten und Defizite aufzeigen, Planungsgrundlagen erweitern

Projekt Grüne Schul- und Spielhöfe

Eine interdisziplinäre Gruppe von Pädagogen und Planern im Team Grüne Schul- und Spielhöfe versucht, Lösungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in städtischen Ballungsräumen zu bieten. Im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe beraten und unterstützen sie engagierte Eltern, Initiativgruppen, Erzieher und Lehrer bei der naturnahen und kindgerechten Gestaltung von Spiel- und Erlebnisräumen in der Stadt. Grundlegendes Ziel dabei ist die Förderung und Umsetzung von Partizipation und Eigeninitiative durch die Gestaltung der eigenen Lebenswelt. Diese Arbeit wird seit 1985 durch das Sozialreferat/Stadtjugendamt der Stadt München gefördert.



Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in städtischen Ballungsräumen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten werden zunehmend schwieriger. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Zu einem allgemeinen Mangel an Spiel- und Freiflächen, Kommunikations- und Streifräumen gesellen sich immer mehr die Probleme einer modernen Konsum- und Mediengesellschaft. Frust, Aggressivität und Gewaltbereitschaft oder auch Passivität und Sprachlosigkeit bei Kindern und Jugendlichen haben ihre Ursachen nicht zuletzt in einem Gefühl der Machtlosigkeit, des Nicht-Gehört-Werdens und einer Reglementierung in weiten Bereichen.

Zielsetzung

Vorrangiges Ziel dabei ist, Kindern und Jugendlichen Identifikations- und Erfahrungsmöglichkeiten zu schaffen und ihnen über eine direkte Partizipation soziale Kompetenz und Verständnis für die gesellschaftliche und natürliche Mitwelt zu vermitteln. Im Zusammenspiel von Planung und Pädagogik werden dabei zentrale Funktionen kindlicher Entwicklung gesichert und gefördert (Spielen und Lernen als Grundrecht der Kinder, Zukunftsfähigkeit).

So sollen

1. gemeinsam mit Elternhaus, Kindergarten, Schule, außerschulischen Einrichtungen und der Stadtverwaltung die räumlichen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Kinder geschaffen und gesichert werden (Freiräume mit hohem Spiel- und Erfahrungswert, Kommunikations- und Streifräume),
2. mit den Beteiligten pädagogische Konzepte, Methoden und Verfahren zur Kinderbeteiligung erarbeitet, erprobt und angewendet werden,
3. eine bedarfs- und zielgruppengerechte Planung ermöglicht werden, die den pädagogischen Anforderungen der Einrichtungen gerecht und gleichzeitig kostengünstig und mit hoher Akzeptanz mit den Beteiligten umgesetzt werden kann,
4. Multiplikatoren und Entscheidungsträger angesprochen, informiert und motiviert werden, Beteiligung und Eigeninitiative zu ermöglichen (Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit).

Die Methodik wird in der Arbeit mit den Zielgruppen den jeweiligen Situationen angepasst, reflektiert und weiterentwickelt (Kunden- und Bedarfsorientierung). Dabei werden v.a. auch interkulturelle Aspekte berücksichtigt.

Arbeitsweise

Zusammen mit den Zielgruppen (Kinder und Erwachsene) werden im Rahmen gemeinschaftlicher Planungsprozesse Bedürfnisse ermittelt, Ideen und Wünsche formuliert, konkurrierende Erwartungen diskutiert, um daraus gemeinsame Lösungen in Form von Gestaltungs- und Maßnahmekonzepten zu entwickeln. Die so erarbeiteten Vorschläge werden mit den zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung abgestimmt und in aktiver Selbsthilfe zusammen mit den Beteiligten vor Ort realisiert.

Neben einer Verbesserung der Spiel- und Freiraumsituation für Kinder und Jugendliche bewirken diese gemeinschaftlichen Planungs- und Gestaltungsmaßnahmen wichtige soziale Effekte:

- Es entstehen Identifikation und Verantwortungsbereitschaft für das gemeinsam Geschaffene,
- Kompetenz und Selbstvertrauen bei den Mitwirkenden wird gestärkt,
- Veränderung und eigenes Vermögen können bewusst gemacht und erlebt werden,

- es werden Erfolge erzielt, die zeigen, dass eigenes Aktivwerden lohnt,
- Ängste, in der Gruppe Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen, werden genommen,
- im gemeinsamen Handeln entsteht soziale Interaktion und Kommunikation zwischen Kindern und Erwachsenen unterschiedlichen Alters und Nationalität,
- nachbarschaftliches Engagement, Miteinander und gegenseitiges Verstehen wird gefördert,
- die Mitmacher werden für die Belange der natürlichen und sozialen Umwelt sensibilisiert und zu nachhaltigem und sozialverträglichem Handeln angeregt.

Das Projekt richtet sich sowohl an Menschen, die sich beteiligen, selbst aktiv werden und zur Verbesserung ihrer Situation beitragen wollen, als auch an solche, die diesen Prozess ermöglichen sollen (Kinder/Jugendliche, Erwachsene, Multiplikatoren, Verwaltung).

Methode:

Das Angebot der Gruppe umfasst drei Schwerpunkte, die aufeinander aufbauen und einzeln oder in Kombination zum Einsatz kommen.

Information und Beratung:

In Form von Einzelgesprächen vor Ort, Infoabenden und Vorträgen bietet das Team Information und Beratung zu allen Fragen einer kindgerechten Gestaltung von Spiel- und Erlebnisräumen, den Möglichkeiten und Wegen der Umsetzung (v.a. auch der Selbsthilfe) und den Methoden und Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Durch das Beratungsangebot können

- Projekte initiiert,
- die Beteiligten zum Aktivwerden /Weitermachen motiviert,
- die Rahmenbedingungen eines Projektes geklärt,
- Mitwirkungsbereitschaft als Voraussetzung für weitergehende Hilfsangebote abgefragt und
- Rollen und Leistungen festgelegt werden.

Information und Beratung wird als erster Schritt eines möglichen Projektes allen interessierten Personen und Einrichtungen angeboten und ist Vorlauf und Voraussetzung für die weiteren Angebots- und Leistungsbausteine.

Projektbegleitung

Im Rahmen einer fachlichen Begleitung und mit einem eigenen Programmangebot werden einzelne, in der Regel größer angelegte Projekte über einen längeren Zeitraum unterstützt. Die Initiativen und Einrichtungen erhalten dabei eine umfassende Hilfestellung, die von der gemeinschaftlichen Projektentwicklung (Phase 1) bis hin zur Umsetzung (Phase 2) und einer gegebenenfalls notwendigen Nachbetreuung reichen kann.

Projektbegleitungen (Projektentwicklung und Umsetzung) bauen in der Regel auf einer Projektberatung auf und können angeboten werden, wenn ausreichend Mitwirkungsbereitschaft und Eigeninitiative bei den Beteiligten erkennbar ist.

Phase 1: Projektentwicklung

Im Rahmen von Arbeitskreisen erfolgt zunächst gemeinsam mit den Beteiligten eine Projektstrukturierung (Vorgehensweisen, Mitmacher, Zeit/Kosten, Verantwortlichkeiten etc.).

Stadtteilerkundungen mit Kindern und Jugendlichen, Ideen- und Planungswerkstätten, Workshops oder Umfragen bilden schließlich die Grundlage für ein gemeinschaftlich mit den Beteiligten entwickeltes Maßnahme- und Gestaltungskonzept. Das Verfahren wird dabei speziell auf die jeweiligen Alters- und Zielgruppen ausgerichtet. Die Beteiligten erhalten eine fachlich und methodisch auf die jeweilige Situation abge-



Kunstprojekte, Modellbau

Konkrete Lebensumwelt verbessern, Visionen entwickeln, gewichten, umsetzbare Lösungen ableiten



Bauaktionen

Gestaltungskonzepte selbst umsetzen, Umgang mit Material und Werkzeug erlernen, Schaffensvermögen erleben, Verantwortung



Planbauwagen

Methodenset zur Planungsbeteiligung, temporärer Aktionsraum vor Ort, Mitwirkung bei der Gestaltung von Spiel- und Erlebnisräumen

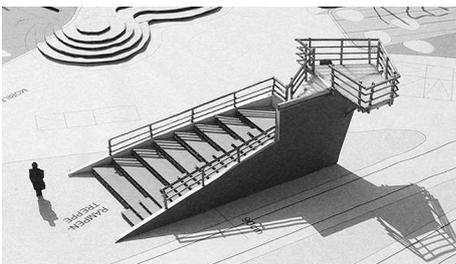


Rollende Baustelle

Werkzeuge und Geräte für Selbsthilfeprojekte im Wohnumfeld, öffentliches Grün und an Schulen



Aktionsräume für Jugendliche am Goldschmiedplatz, Skateanlage für alle Altersgruppen



stimmte Unterstützung auch bei der Bestandsanalyse, der Bedarfsermittlung und den notwendigen Abstimmungs- und Koordinationsverfahren mit Behörden, Planern und der Verwaltung.

Einzelne Leistungsbausteine der Projektentwicklung sind:

- Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten, Partizipationsmöglichkeiten klären
- Suche nach Mitmachern, Kontaktaufnahme zu Stadtteileinrichtungen und Kooperationspartnern (Informationsgespräche, Rundschreiben etc.)
- Planungsgruppen, Arbeitskreise organisieren und begleiten
- Aufgaben und Rollen festlegen
- Methodisches Konzept/Vorgehensweise entwickeln und abstimmen
- bestehende Planungen ermitteln, Abstimmung mit Verwaltung und Planern
- Hilfestellung bei der Bestandsanalyse (Aufmaß, Erkundungen, Forscheraktionen)
- Wünsche formulieren, Ideen entwickeln, werten und gewichten (Arbeitsgruppen, Workshops, Umfragen, Modellbauaktionen)
- Hilfestellung bei der Entwicklung von Gestaltungs-/Maßnahmevorschlägen
- Visualisierung gemeinschaftlich entwickelter Konzeptideen
- Hilfestellung bei der Zeit- und Kostenplanung
- Diskussion und Abstimmung der Vorschläge mit Beteiligten und Verwaltung
- Präsentation der Ergebnisse.

Phase 2: Umsetzung/Nachbetreuung

Im Zuge der anschließenden Umsetzung werden Baumaßnahmen, Bau-Spielaktionen oder Pflanzarbeiten organisiert und durchgeführt, Materialen beschafft und die notwendigen hand-

werklichen Fertigkeiten für die Selbsthilfemaßnahmen vermittelt. Die benötigten Arbeitsmittel und Werkzeuge können bei Bedarf bereitgestellt werden.

Das Team hilft bei der Bildung von Arbeitsgruppen, vermittelt Kontakte zu anderen Einrichtungen, Verwaltungsstellen

oder Firmen, koordiniert und vernetzt Einrichtungen und Initiativen. Im Rahmen einer Nachbetreuung wird der Aufbau eigenständiger Nutzergruppen unterstützt und bei der Erstellung von Patenschafts-, Pflege- und Nutzerkonzepten mitgewirkt.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Situation können dabei folgende Leistungsbausteine einzeln oder in Kombination angeboten werden:

- Abstimmung und Organisation von Selbsthilfeleistungen mit Beteiligten und Verwaltung
- Firmenleistung und Kooperation Baureferat organisieren
- Hilfestellung beim Einholen von Angeboten
- Arbeitsplanung Selbsthilfeaktionen
- Material und Werkzeug beschaffen
- Koordination, Helfer, Honorarkräfte, Künstler
- Anleitung der Helfer bei Bauaktionen
- Nachbetreuung (Pflegegänge, pädagogische Konzepte, Spielaktionen)
- Auswertungsgespräche, Evaluation und Dokumentation

Franz Herold, Freiraumplaner
franz.herold@urbanes-wohnen.de

Planungskompetenz – ein Themenfeld für Bildungseinrichtungen

■ Urbanität braucht keinen Raum, sondern ist eine Geisteshaltung, so die These von Edgar Sarin in seinem Beitrag „Urbanisation“ auf dem Kongress des Deutschen Städtetages von 1960. Seine Kernaussage: Solange es aktive Stadtbürger mit Rechten und Pflichten gibt, die sich am Diskurs beteiligen und die Werte auch verteidigen, lebt die Stadt.

Sicherlich ist das Bauen von Räumen nicht allein ausschlaggebend für Urbanität. Allerdings können räumliche Strategien diese Geisteshaltung unterstützen. Urbanität entfaltet sich im Zusammenwirken von Räumen und ihrer Nutzung, also in der Belebung der Räume. Wie Menschen ihr Wohnumfeld, das Leben in einer Nachbarschaft oder einem Wohnhaus gestalten, hat einen wesentlichen Einfluss darauf, wie sich Urbanität ausdrückt und empfunden wird. Die sich wandelnden Wohn-, Arbeits- und Lebensformen münden in neue räumliche Anforderungen und Nutzungsbedürfnisse. Der Umgang mit der zunehmenden Ausdifferenzierung ist eine Herausforderung für Politik, Verwaltung, Planung und nicht zuletzt für die BürgerInnen selbst. Hochschulen, Fachverbände, freie Bildungsträger u.a. können ihren Beitrag leisten, um die Aufgabenstellungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel ergeben, in die Diskussion zu bringen und zukunftsweisende Herangehensweisen und Modelle in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern zu entwickeln.

Anregungen bieten

Die Zahl der Menschen, die ihr Lebensumfeld aktiv gestalten möchten und nach Nachbarschafts- und Wohnformen suchen, die ihren persönlichen Bedürfnissen entgegen kommen, wächst beständig.

Einzelne freie Bildungsträger haben die Aktualität des Themas erkannt und in ihr Angebotsspektrum integriert. Zusammen mit Organisationen, deren Schwerpunkt auf der Verbesserung des Lebens in der Stadt liegt, bieten sie Seminare und Studienfahrten (im deutschsprachigen Raum) an, bei denen unterschiedliche Beispiele für „Urbanes Wohnen“ besprochen und gezeigt werden. Neben der gesellschaftspolitischen Diskussion haben diese Veranstaltungen das Ziel, Interessierten handlungsorientierte Informationen und Werkzeuge zu bieten, um ihre Projektideen eigenständig weiter zu verfolgen.

Seminare

Im Rahmen von Seminaren haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, ihre eigenen Wünsche z.B. im Hinblick auf das Wohnen im Alter zu formulieren und im Austausch mit anderen zu reflektieren. Den Veranstaltern geht es i.d.R. darum, ganz konkrete Informationen über die Bandbreite des Themas zu bieten. Dabei werden auch die Phasen einer Projektentwicklung behandelt und die erforderlichen Entscheidungen hervorgehoben, die in ihrem Verlauf zu treffen sind. Auf den Seminaren werden Kontakte geknüpft. Es bilden sich u.U. Gruppen, die längerfristig ein gemeinsames Konzept erarbeiten wollen. Einzelne werden an schon bestehende Gruppen weiter vermittelt. Für Menschen, die auf der Suche sind nach neuen Formen des „Urbanen Wohnens“, sind diese Angebote ein wichtiger Ansatzpunkt zur eigenen Orientierung und Voraussetzung für weitergehende Planungen und Aktivitäten.

Studienfahrten

Die Möglichkeit des persönlichen Austauschs durch Besuche von Nachbarschaften, Quartierseinrichtungen und Wohnprojekten in anderen Städten ist ein anderes wichtiges Angebot von Bildungsträgern. Dies bietet den Aktiven konkrete Anregungen für die eigene Arbeit vor Ort.

Die Wohnbundberatung NRW unternimmt regelmäßig solche Fahrten. Ebenso der Verein Urbanes Wohnen zusammen mit der WOGENO München eG in Kooperation mit dem Bayerischen Seminar für Politik



Seminare

Know-how-Transfer, Qualifizierung



Wohnwerkstatt

Hausgruppen beraten und entwickeln, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen vermitteln, Netzwerke bilden



Fachtagung

Erfahrungen auf dem Prüfstand, wissenschaftlicher Exkurs

Das Bayerische Seminar für Politik organisiert und konzipiert seit 1964 politische Seminare in enger Zusammenarbeit mit Partnern, die aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen bearbeiten. Die Sparpolitik zieht zwar auch in der Bildungsarbeit immer engere Grenzen, dennoch bleibt es wichtig, die Selbsttätigkeit und das politische Engagement von Menschen zu fördern, auf der Basis der Solidarität, der Selbstverwaltung und der sozialen und ökologischen Verantwortung. Diese Werte teilen viele Organisationen, die sich um ein qualitativvolles Leben in der Stadt bemühen. Konkretes Engagement braucht hinreichend klare Zielvorstellungen und eine konkrete Umsetzungsstrategie. Wir fördern deshalb Tages- und Wochenendseminare, auf denen u.a. Konzepte der Bürger- und Bewohnerbeteiligung diskutiert werden, aber auch Studienfahrten mit Besuchen bei Nachbarschaftsorganisationen und Wohnprojekten. Die Begegnung und der persönliche Austausch zwischen Akteuren ist auch im Bereich des bürgerorientierten Planens und des nachbarschaftlichen und gemeinschaftsorientierten Wohnens ein wichtiges Element, um neue Konzepte zu entwickeln oder bestehende Konzepte zu überprüfen.

R. Hofmann,

Geschäftsführer Bayerisches Seminar für Politik

Netzwerk: Schulische Kompetenzzentren Architektur

transform – Geschichte und Hintergrund

Frühjahr 1998 – Designzentrum München, ein Schullehrer und die Münchner Kunstakademie legen dem Bayerischen Kultusministerium ein Konzept für ein neues Modell von Fortbildung für Kunstlehrer vor: „transform – gestalten im zeitalter der entmaterialisierung und beschleunigung“. Die Ausschreibung an Realschulen und Gymnasien bringt innerhalb von zwei Wochen über 120 Bewerbungen. Im Herbst 1998 startet „transform“ mit 30 Teilnehmern unterrichtsbegleitend und über zwei Schuljahre hinweg. Architektur, genauer Schularchitektur und hier vor allem aktive, umgestaltende Eingriff in die unmittelbare Umgebung spielen dabei eine überraschend große Rolle. (www.lrz-muenchen.de/~transform)

transform2: Architektur

Erfolg und Begeisterung beflügeln die Macher zu einer Neuauflage, die sich jetzt allerdings bestimmten Themen widmen soll: von 2001 bis 2003 mit „transform2-r.a.u.m.“ dem Thema Architektur – in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer. (www.transform2raum.de)

Interessant bei diesem Vorhaben ist die Bandbreite der durchgeführten Projekte. Da gibt es auf der einen Seite die, die in ihr unmittelbares schulisches Umfeld eingreifen und dabei weder Kosten noch Mühen scheuen: Pavillions und Bushäuschen werden gebaut, Schulhöfe neu gestaltet, Anbauten konzipiert.



Exkursion

Am Beispiel lernen, Übertragbarkeit von Konzepten, Vernetzung der Akteure

Dabei werden nicht unerhebliche Mittel umgesetzt, Geld, Arbeitskraft, Ideen und Freizeit investiert. Auf der anderen Seite stehen Projekte, die z.B. eine Sensibilisierung der Wahrnehmung der Schüler für architektonische Details durch geduldiges Zeichnen vor Ort intendieren. Zwei ganz unterschiedliche Zugangsweisen zum Thema Architektur. Auf der einen Seite greifen Laien massiv in die Realität ein, auf der ande-

Fortsetzung S. 25



Lehrerfortbildung, -ausbildung

Wahrnehmung schulen, Architekturkompetenz fördern, Methoden vermitteln

1993 Zürich, 1994 Nürnberg/Franken, 1995 Berlin, 1996 Hamburg, 1998 Freiburg/Basel, 1999 Ruhrgebiet, 2000 Hannover, 2002 Wien, 2003 Zürich, 2004 Stuttgart/Tübingen ... Das ist nur eine Auswahl der Städte, mit denen der Austausch in den letzten Jahren gesucht wurde. Auch wenn Praxis und Erfahrungen häufig nicht unmittelbar übertragbar sind, weil sich in jeder Stadt unterschiedliche wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen finden, so erweitert sich in jedem Fall die Perspektive des Machbaren und das Spektrum von Problemlösungen.

Die Mischung macht's spannend

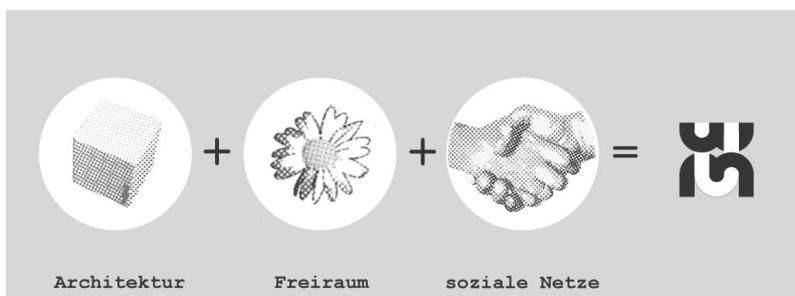
Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung erleichtert nicht nur die Finanzierung von Veranstaltungen. Vor allem wird auch eine breitere Zielgruppe angesprochen, als das bei Fachexkursionen der Verbände der Fall ist. So treffen hier häufig Interessierte aus unterschiedlichsten Bereichen zusammen u.a. aus Politik, Planung, Verwaltung, Projekten, Banken. Diese Mischung bereichert die Diskussionen für alle Beteiligten. Vielfältigste Problem- und Fragestellungen werden aufgeworfen, die bei einer interessenshomogenen Zusammensetzung einer Gruppe nicht so leicht auf die Tagesordnung kämen. Dies ist i.d.R. eine Bereicherung, die durchaus in die Tätigkeitsfelder der TeilnehmerInnen hinein wirken kann. Das Verständnis für die jeweils andere Perspektive wird geweckt und kann so im Idealfall zukünftige Planungen und Entscheidungen beeinflussen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass Bildungsarbeit und die Kooperation mit Bildungsträgern ein unersetzlicher Baustein ist in dem Bemühen, Urbanität zeitgemäß zu interpretieren und bedürfnisorientiert zu gestalten.

Ebenso erlangt die gebaute Umwelt und die Möglichkeiten, an ihrer Gestaltung teilzuhaben, zunehmende Bedeutung an Schulen. Eine Schlüsselstellung zum Aufbau von breiter Architektur- und Planungskompetenz bekommt daher künftig die Lehreraus- und -fortbildung.

Thomas Hartmann, Architekt

thomas.hartmann@urbanes-wohnen.de



URBANES WOHNEN E.V. MÜNCHEN

gemeinnütziger Verein
für besseres Wohnen in der Stadt
www.urbanes-wohnen.de

Team
Bewohnerinitiativen
Seidvilla, Nikolaiplatz 1b
80802 München
Tel. 089/39 86 82
sv@urbanes-wohnen.de

Team
Grüne Schul- und Spielhöfe
Kazmairstraße 23
80339 München
Tel. 089/5 02 02 50
gsh@urbanes-wohnen.de

Team
Planung+Forschung
Landwehrstraße 39
80336 München
Tel. 089/ 2710010
pf@urbanes-wohnen.de

Suchen – bieten – gemeinschaftliches Wohnen

Neue Netzwerke

■ Wohnprojekte haben sich inzwischen zu einer etablierten Nische auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt gemauert. Trotzdem ist immer noch jede Gründung mit einem hohen Kraftaufwand verbunden. Die Schwierigkeiten variieren nach Bundesland und Stadt. Aber es sind nicht nur exorbitante Grundstückspreise, die z.B. für eine Gruppe in München schnell das Aus bedeuten. Ein ausschlaggebender Faktor für den Erfolg eines Projekts ist auch die kompetente Beratung und Begleitung, von der Idee bis zum Einzug. Die „Szene“ in Hamburg, Berlin oder auch Nordrhein-Westfalen konnte sich lange glücklich schätzen, Organisationen wie Stattbau oder den Wohnbund vor Ort zu haben. Die hohe Zahl von Projekten, die dort in den letzten Jahren entstanden, ist mit Sicherheit auch auf diese professionelle Unterstützung zurück zu führen.

Nord-Süd-Gefälle als Motor für neue Vernetzungsstrukturen

Gruppen in den südlichen Bundesländern, insbesondere in Bayern waren und sind dagegen weitgehend auf sich selbst gestellt. Aus diesem Grund wurde in München Mitte der 90er Jahre der erste Wohn-Projekte-Tag organisiert: als ein Forum des Kennenlernens, für den Erfahrungsaustausch und die politische Lobbyarbeit (www.netzwerk-wohnprojekte.de). Im Abstand von ca. 2 Jahren können sich interessierte BürgerInnen über bestehende und geplante Wohnprojekte informieren. Projekte vernetzen sich und tragen der (Fach-)Öffentlichkeit ihre Konzepte und Anliegen vor. Mittlerweile haben Gruppen auch in anderen Bundesländern sehr erfolgreich diese Form der Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Die regionalen Ansätze der Vernetzung wurden seither weiter entwickelt und sind inzwischen auch auf Bundesebene zu finden. Eines der größten bundesweiten Netzwerke, das Forum für Gemeinschaftliches Wohnen im Alter e.V. (www.fgwa.de), legt seinen Schwerpunkt auf das generationenübergreifende Wohnen. Die bundesweit aktiven Regionalstellen, eine davon angesiedelt bei Urbanes Wohnen e.V. in München, organisieren Stammtische für Gründungsinteressierte, Ausstellungen und Vorträge. Sie kooperieren mit Bildungsträgern und Wohlfahrtsverbänden, bieten Seminare zur Projektentwicklung und vermitteln erfahrene ProjektberaterInnen und PlanerInnen.

Erfahrungsaustausch langfristig sichern

Bisher basieren diese Strukturen auf ehrenamtlicher Arbeit und dort liegt auch eine Schwäche des Konzepts. Wohnprojekte sind per definitionem selbstorganisierte Projekte, die sich gegenseitig unterstützen sollten und können. Immer wieder ist jedoch festzustellen, dass sich erfolgreich gegründete Projekte aus den Netzwerken zurück ziehen. Mit dem Bezug treten sie in eine neue Phase, die auf die Binnenentwicklung der Gruppe, die Organisation des alltäglichen Miteinanders, gerichtet ist. Die Kapazitäten zur Weitervermittlung der gemachten Erfahrungen sinkt mit den neuen Anforderungen. Andererseits haben diese Gruppen einen ungeheuer wertvollen Erfahrungsschatz zu bieten, wenn es darum geht, Mittel und Wege zu finden, um Gruppen- und Planungsprozesse in einem überschaubarem Zeitrahmen zum Erfolg zu führen. In Zeiten versiegender öffentlicher Kassen stehen Projekte und Netzwerke nun vor der großen Herausforderung, Wege zu finden, um den Erfahrungsaustausch und damit das stetige Wachsen der Wohnprojektelandschaft zu sichern. Die Nachfrage nach gemeinschaftsorientierten Wohnformen wächst. Es muss also im wesentlichen darum gehen, den Zugang für Interessierte und die Realisierung von Projekten zu erleichtern. Ziel der Netzwerke ist es deshalb auch, gemeinschaftsorientiertes Wohnen aus der Nische heraus zu bringen und es stärker als bisher als ein Kristallisationspunkt der vielfältigen etablierten Lebensformen sichtbar zu machen, die ihren Platz auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt behaupten.

Heike Skok, Dipl. Soziologin
heike.skok@wogeno.de

Fortsetzung von S. 24

ren Seite findet eine Grundlagenschulung statt, die sich in der ästhetischen Rezeption erfüllt.

Interessant aber auch die Rezeption der Projekte bei Architekten und auf schulischer Seite. Während die Professionellen vor allem von der Wahrnehmungsschulung begeistert sind, findet die Praxis (meist Umbaupraxis) eher bei den Lehrern und Schülern Anhänger. Die Unterschiede in der Wertschätzung sind v.a. durch die unterschiedlichen Antworten auf die Kernfrage nach der Rollenverteilung zwischen Architekt und Nutzer zu sehen: Wie werden die jeweiligen Kompetenzen definiert? Wie kann das Zusammenspiel unter heutigen Bedingungen funktionieren? Wie kann Beteiligung von Schülern bei komplexen Bauvorhaben stattfinden?

Die größere Resonanz der aktiven Gestaltungsvorhaben, der Beteiligungsprojekte auf der schulischen Seite ist leicht zu erklären: Seit Jahren fordert die Gesellschaft von der Schule einen fächerübergreifenden, handlungsorientierten Ansatz beim Unterrichten. Ein solcher gewinnt für alle Beteiligten (für Schüler und Lehrer, aber auch für das gesamte Umfeld angefangen bei den Eltern bis hin zum Bürgermeister) an Faszination, wenn diese Art des Unterrichts in realen Situationen geschieht, wenn es wirklich ernst wird. Vergessen ist dann der so oft kritisierte Frontalunterricht, bei dem im 45-Minutentakt Wissensbaustein auf Wissensbaustein gehäuft wird und dieser Haufen oft – zu oft – ganz schnell wieder vergessen wird.

Gesamtgesellschaftlich stellen wir im Moment einen Wandel fest. Die Ablösung des Verkäufermarktes durch einen Käufermarkt. Vor ca. zwei Jahrzehnten hat dies im Autogeschäft begonnen. Das veränderte Auftreten von Eltern gegenüber der Institution Schule oder eine andere Haltung der Nutzer gegenüber den Architekten sind ähnliche Symptome einer grundlegenden Entwicklung. Dabei hat sich der Wandel weitgehend ohne ideologische Debatten, sozusagen unter der Hand, vollzogen. Er bildet auch den Hintergrund für das Verhältnis von Schule und Architektur.

Ausblick

Nach transform 2 setzen sich die Partner und wir? uns neue Ziele: Langfristig wollen wir über Bayern hinweg ein Netzwerk von schulischen Kompetenzzentren Architektur aufbauen (ähnlich in den Bereichen Film, Neue Medien und Design). Dies kann nur in Kooperation mit Architekten und Stadtplanern, die vor Ort sind und einen engen Verbund eingehen, geschehen. An den schulischen Kompetenzzentren findet eine intensive, über die Lehrpläne hinausgehende Auseinandersetzung mit dem Thema Architektur statt. Dieser wird z.B. im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung oder durch Projektbetreuung weitervermittelt. Nach unserer Vorstellung wird die Schule aber auch eine Keimzelle für Aktivitäten in der jeweiligen Gemeinde, im jeweiligen Stadtviertel: Hier finden z.B. Vorträge von Architekten, Ausstellungen, am besten auch Workshops zu architektonischen und städtebaulichen Themen statt. Als Ort der Kommunikation wirkt so Schule „vermittelnd“, nicht nur „nach innen“, d.h. im Rahmen des Unterrichts und der Lehrerfortbildung, sondern auch nach außen, in die Gemeinde hinein.

Dr. Ernst Wagner

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Herbert Ludl (Hrsg.)

Das Wohnmodell inter-ethnische Nachbarschaft.

192 Seiten, zahlreiche Tabellen, fotografisch illustriert; Springer, Wien, New York, 2003; ISBN 3-211-20174-2; € 19,- / erhältlich in gut sortierten Buchhandlungen oder über www.springer.at

300 Menschen aus 18 Nationen unter einem Dach – kaum ein anderer Ort vereinbart so viele Lebensstile unterschiedlicher Herkunft wie das Wiener „Wohnmodell inter-ethnische Nachbarschaft“, genannt auch „der globale Hof“. 140 Wohnungen, seit Frühjahr 2000 je zur Hälfte von Zuwanderern und in Österreich Geborenen besiedelt und zu den völlig normalen Konditionen des geförderten, gemeinnützigen Wohnbaues errichtet, kennzeichnen das zumindest in Europa größte multi-ethnische Integrationsprojekt.

Zwei Jahre nach Bezug wurde dieses experimentelle Wohnbauvorhaben der SOZIALBAU AG einer empirisch-analytischen Evaluierung durch den deutschen Architekten und Sozialwissenschaftler Joachim Brech unterzogen. Das daraus entstandene Datenmaterial bildet den Kern des vorliegenden Bandes und damit einer aktualisierten Auseinandersetzung mit dem gesellschaftspolitisch brisanten Themenkomplex Stadtplanung, Migration und Integration.

Eine Kernbotschaft: „Es geht doch“

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Wiener „best-practice“-Modell sind dargestellt anhand zahlreicher Tabellen, Interview-Ausschnitte, interpretativer Resümees und münden in der Kernbotschaft: „Es geht doch“. Unter den Voraussetzungen eines liberalen Hausklimas, der Bereitstellung großzügiger Gemeinschafts- und Kontaktzonen und eines aufgeschlossenen Projektmanagements gelingt die Bildung einer weltoffenen, sich wechselseitig animierenden, dorfählichen Sozietät.

Die Evaluierungsstudie von Joachim Brech analysiert u.a. Herkunft und Entscheidungsmotive der Bewohner, die Nutzung von Gemeinschaftsbereichen, die Vernetzung des globalen Hofes zu seiner städtebaulichen Konfiguration, sein Verhältnis zur Hausverwaltung. Hinterfragt wird die Herausbildung



interner Meinungsführerschaft und von Ansätzen zu kommunikativer Selbstorganisation. Weder mögliche Konfliktpotenziale noch kritische Bezüge zu Details der architektonischen Gestaltung bleiben außer Acht.

Ohne Fremde keine Stadt

Die wissenschaftliche Umsicht dieser Studie, aber auch die außerordentlich hohe Aufmerksamkeit von Medien für das „Wohnmodell inter-ethnische Nachbarschaft“ haben den Anstoß zu diesem Buch gegeben.

Das keineswegs nur in Österreich diskutierte Thema der Bewältigung unvermeidlicher Migrationsströme wird in dem nun vorliegenden Band durch historische, medien-analytische, wohnungspolitische Aspekte angereichert. „Ohne Fremde keine Stadt“ – so lautet die zweite, hoch aktuelle Zentralthese, die von insgesamt sechs Autoren aus den Sparten Wohnungswirtschaft, Soziologie, Architektur und Wohnbaugeschichte unterschiedlich aspektiert wird. Vermittelt werden – ganz im Sinne des Herausgebers – das Know-How eines „best-practice“-erfahrenen Wohnungsunternehmens sowie eine gesellschaftlich produktive Sicht für die Aufarbeitung eines quasi omnipräsenten politischen Konfliktbereiches.

Aus dem Inhalt

- Entscheidung für ein lernendes System – aus der Sicht des Wohnungsunternehmens

- Integration durch Stadt- und Wohnbauplanung
- Multikulturalität an der Donau? Vom Umgang mit Fremden in Wien
- Gestalt gewordene Grundidee – Dokumentation einer fließenden Projektentwicklung
- Evaluierung „das Leben im globalen Hof“
- Integration in den Köpfen – Wiener Zuwandererpolitik und die Angst vor den „Ausländern“
- Integrationswohnbau in Europa – Vergleichsprojekte
- Aktuelle Fachliteratur

Die Autoren:

Prof. Dr. Herbert Ludl (Herausgeber), Vorstandsvorsitzender der Sozialbau AG, Universitätslektor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Autor zu Themen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

Dr. Dipl.-Ing. Joachim Brech, Architekt, Sozialwissenschaftler und Autor zahlreicher Publikationen, selbständiger Forscher und Projektentwickler in Frankfurt am Main.

Dr. Wolfgang Förster, Studium der Architektur, Postgraduate-Studium der Politologie, Wohnbauforscher und Autor mehrerer Publikationen in den Bereichen Wohnbau und Stadterneuerung.

Mag. Ursula Rischaneck /

Dr. Wolfgang Amann, Geschäftsführer der FGW, einer außeruniversitären Forschungsgesellschaft für Bauen, Wohnen und Planen; zahlreiche Publikationen zum Wohnungs- und Immobilienwesen in Österreich.

Ernst Koch (Dokumentation und Projektleitung), Publizist und Autor mit Schwerpunkt Architektur und Wohnbau, Redakteur des österreichischen Fachmagazins „wohnen plus“.

Christian Schittich (Hrsg.)

Solares Bauen

STRATEGIEN, VISIONEN, KONZEPTE

Birkhäuser Verlag, Basel, 2003
ISBN 3-7643-0709-9; 65,00 €

Energieeffizientes Bauen wird in Zukunft die Regel sein. Zwar wird der Neubau immer nur einen Bruchteil an Emissionen verursachen im Vergleich

zum Bestand an Gebäuden, doch setzt sich Umweltschutz aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen zusammen und außerdem bietet der Neubau – wie in dem vorliegenden Band zu sehen – viele Experimentierfelder, deren Ergebnisse umfassender angewendet werden können. Heute noch teure Produkte werden dann preisgünstiger und könnten auch beim „normalen“ Wohnbau zur Anwendung kommen. Die Palette ist groß: schaltbare Verglasungen, multifunktionale Fassadenoberflächen, organische Solarzellen, elektronisch gesteuerte Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage usw.

Zu diesen Themen bietet der Band einführende Fachartikel über alle Bereiche des Bauens, städtebauliche Aspekte wie Standort eines Gebäudes oder Konfigurationen im Siedlungsbau eingeschlossen. Fünfzehn Projektbeispiele zeigen, wie neue Technologien angewendet werden können und wie eine hohe ästhetische Qualität gerade dadurch entstehen kann. Es fehlt nicht der Hinweis auf die notwendigen Veränderungen der Planungsprozesse hin zu die Fachleute neu integrierenden Planungen. Vier der Beispiele sind Wohnbauprojekte unterschiedlicher Art: Passivhäuser in Dornbirn, eine Wohnanlage in Dänemark, Passivhäuser in Ulm und Punkthäuser in Innsbruck.

Elisabeth Blum

Schöne neue Stadt

WIE DER SICHERHEITSWAHN DIE URBANE WELT DISZIPLINIERT

Bauwelt Fundamente Band 128, 164 Seiten, 10 sw-Abbildungen, 23,00 Euro, ISBN 3-7643-6250-2, Basel 2003, Birkhäuser-Verlag für Architektur

Der Band wird als ein kritischer Essay zu dem viel diskutierten Thema „Sicherheit“ angekündigt. Der Untertitel – „Wie der Sicherheitswahn die urbane Welt diszipliniert“ – zeigt aber, dass der kritische Blick von zwei Thesen eingeengt wird. Es wird ein Wahn unterstellt, also eine abnorme Verhaltensweise der Stadtgesellschaft oder Einzelner, die in der Politik oder in der Meinungsbildung das Sagen haben. Zweitens wird von einer Disziplinierung der urbanen Welt gesprochen. Das unterstellt einen willentlich herbeigeführten oder immanent sich in

der Stadtgesellschaft abzeichnenden Vorgang und außerdem eine bestimmte allgemein gültige Vorstellung oder Idee von Urbanität.

Die Autorin meint, einen Paradigmenwechsel feststellen zu können von der Freiheit hin zur Sicherheit. In der Tat fehlt es heute nicht an Beispielen, wie städtische Räume kontrolliert und überwacht werden: gänzlich unangemessene, ja absurd erscheinende Sicherheitsmaßnahmen, die die Bewegungsfreiheit der Bürger einschränken. Das ist heute eine opportune Kritik. Richtig ist, dass die Politik jeden Tag neue absurde Vorschläge präsentiert, wie etwa, Kinder unter 14 Jahren nach 21 Uhr nicht mehr auf die Straße zu lassen ohne Begleitung; dass die Sicherheitsbranche boomt; dass Informationstechniker ständig neue und immer raffiniertere Software zur Personenidentifizierung entwickeln; dass zur Denunziation aufgerufen wird; dass der Ruf nach Bürgerwehr laut wird. Solche Beispiele – es gibt unzählige – werden in dem Band durch trübe schwarz-weiß-Fotos von Kameras, Zäunen, Polizeiverhören unterstrichen, was eigentlich gar nicht erforderlich wäre.

Sicherlich sind auch die Beschreibungen von sozialen Zuständen, wie sie sich in Metropolen wie Paris entwickeln zutreffend: immer größere soziale Ungleichheit, Zugangsbarrieren zu Bildung, miserable Infrastruktur in den Einwandererstadtteilen. Doch die Frage, nach welchem Sozialmodell jene Hochhausvororte einst geschaffen wurden, wird nicht gestellt.

Auch würde sich diese Frage stellen, ob nämlich die beobachteten Phänomene tatsächlich einen Paradigmenwechsel – was ja immerhin eine große Sache ist – darstellen oder ob nicht seit jeher sich Stadt oder Urbanität entwickelt hat als Balance zwischen dem Bedürfnis nach (Bewegungs-)Freiheit und Sicherheit, also Bewegungsbeschränkungen. Sicherlich haben sich mit den neuen Technologien die Möglichkeiten verändert – aber das Prinzip ist so neu nicht. Die Segregationsprozesse in den Städten waren immer auch dem Sicherheitsbedürfnis der höheren sozialen Gruppen geschuldet. Auch die „Kriminalisierung von Armut“, das „Wegschließen von Unerwünschtem“ – so zwei herausgegriffene Überschriften des Essays – ist

etwas Altbekanntes. Dass in einer Zeit, in der die Menschen aufgrund des Strukturwandels wegen der tatsächlich stattfindenden Paradigmenwechsel im Sozialwesen „verunsichert“ und deshalb für Sicherheitsversprechungen aller Art empfänglich sind, sollte nicht verwundern. Auch die Klage, dass gegenwärtig die Menschen sich immer fremder werden, weil die einen sozial absteigen oder zu Außenseitern werden und die anderen mit ihrer Exstanz und ihrem Recht auf Teilhabe im öffentlichen Raum „belästigen“, findet sich in den Beschreibungen der urbanen Stadt immer wieder.

Aus den gegenwärtigen, durch die neuen Technologien forcierten Entwicklungen von Kontrolle und Überwachung den Befund abzuleiten, die Stadt wäre heute eine „Besserungsanstalt“ – das scheint mir doch eine allzu weitgegriffene These.

Joachim Brech

Neues Faltblatt „Städtebauförderung in Bayern“

Die Stadt für alle – barrierefreie Gestaltung in der städtebaulichen Sanierung und Erneuerung



Mit der Fachinformation „Die Stadt für alle“, die Innenstaatssekretär Georg Schmid am 15.12.2003 in Augsburg

der Öffentlichkeit vorstellte, wirbt die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern für eine Stadtgestaltung, die die Belange aller Menschen – unabhängig von Alter und von körperlichen Einschränkungen – berücksichtigt. Im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung unterstützt die Oberste Baubehörde damit dieses gesamtgesellschaftliche Anliegen im Rahmen der Städtebauförderung. Die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums für alle Menschen zu gewährleisten ist in erster Linie eine örtliche Angelegenheit der Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit. Die Städtebauförderung gibt jedoch in derzeit über 900 Sanierungsgemeinden in Bayern dazu wesentliche Impulse.

Von einer barrierefreien Gestaltung des Stadtraums profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung oder Senioren. Auch Eltern mit Kinderwagen oder Kleinkindern, Reisende mit Rollenkoffer oder Frauen mit Stöckelschuhen erleichtert eine barrierefreie Umwelt das tägliche Leben. Barrierefreies Bauen kommt also allen Menschen zu Gute, barrierefreies Bauen ist Bauen für alle.

Straßen, Wege und Plätze sind der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. Deshalb sollte ihre selbstverständliche Benutzbarkeit für alle Menschen zur Baukultur jeder Kommune und zum Grundsatz jeder Stadterneuerung gehören. Diese Anforderung an Gleichberechtigung in der Stadtgestalt gilt ebenso für öffentliche Verkehrseinrichtungen, Grünanlagen und Spielplätze sowie für öffentliche oder öffentlich zugängliche Gebäude. In historischen Stadtbereichen oder bei alter Bausubstanz stellt das barrierefreie Bauen eine besondere Herausforderung dar. Die Oberste Baubehörde will Kommunen und Planern deshalb mit dem neuen Faltblatt Anregungen und Hilfen geben, auch beim Bauen und Weiterbauen im Bestand die Belange aller Menschen zu berücksichtigen.

Das zwölfseitige Faltblatt „Die Stadt für alle“ ist kostenlos zu beziehen bei Ernst Vögel GmbH, Fax: 0 94 66/12 76, E-Mail: voegel@voegel.com

Weitere Informationen zur Städtebauförderung in Bayern unter www.staedtebaufoederung.bayern.de

Bertelsmann Stiftung / Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.)

Ursula Kremer-Preiß/ Holger Stolarz:

Neue Wohnkonzepte

FÜR DAS ALTER UND PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN BEI DER UMSETZUNG – EINE BESTANDSANALYSE

Reihe „Leben und Wohnen im Alter“, Band 1, Köln 2003, 214 Seiten, Format 16,4 x 23,7 cm, 12 Fotos und Grafiken, ISBN-Nr.: 3-93 52 99-46-X, 10,00 € zuzüglich Versandkosten



In den letzten Jahren sind eine Reihe von Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen entstanden:

Anpassung „normaler“ Wohnungen, Wohnen mit Betreuung zu Hause, Gemeinschaftliche Wohnprojekte, Betreutes Wohnen, Betreute Wohngemeinschaften sowie Quartiersbezogene Wohnkonzepte, die verschiedene Wohn- und Betreuungsformen kleinräumig vernetzen.

Diese Wohnkonzepte sind in ihren vielfältigen Ausprägungen nicht nur für ratsuchende ältere Menschen und deren Angehörige eher verwirrend, sondern häufig auch für Altenhilfeplaner. Bisher fehlten klare Begriffsbestimmungen und Einschätzungen, inwiefern die Wohnkonzepte den Erwartungen in der Praxis auch entsprechen. Darüber hinaus fehlte es an Orientierung, in welche Richtung sich vorhandene Wohnkonzepte angesichts der Herausforderungen der Zukunft weiterentwickeln sollten. Die vorliegende Veröffentlichung leistet einen Beitrag, diese Lücke zu schließen.

Die Veröffentlichung richtet sich an alle, die fundierte Information zum aktuellen Stand der Entwicklung von Wohnkonzepten für das Alter suchen.

Neuere Wohn- und Betreuungsangebote werden daraufhin untersucht, welche Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung bisher gemacht wurden und inwiefern sie auch dem zukünftigen Bedarf gerecht werden könnten:

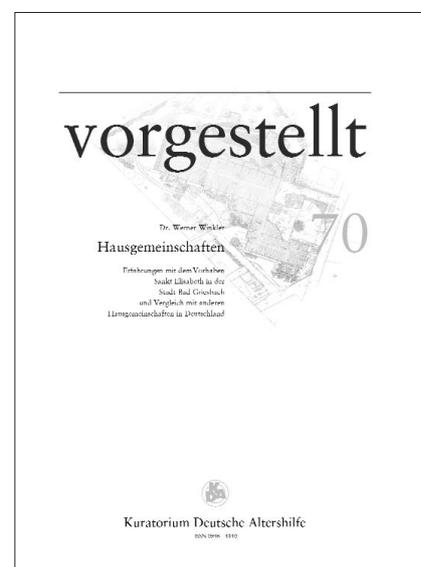
- Mit welchen Konzepten wird gearbeitet?
- Welche Wohn- und Dienstleistungen werden angeboten?
- Mit welchem Personal wird gearbeitet?
- Wie sind die Bewohnerstrukturen?
- Wie viel kosten die Angebote und wie werden sie finanziert?
- Welche Rahmenbedingungen sind hinderlich für die Verbreitung?

Die Veröffentlichung enthält ein umfangreiches Literaturverzeichnis und im Anhang eine ausführliche Darstellung ausgewählter Daten der demografischen Entwicklung. Die Bestandsanalyse wurde im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes „Leben und Wohnen im Alter“ der Bertelsmann Stiftung und des Kuratoriums Deutsche Altershilfe erarbeitet. Die Buchreihe zu diesem Projekt wird fortgesetzt mit Workshopberichten und weiteren Untersuchungsergebnissen. (Bestellung siehe unten)

KDA-Neuerscheinung:
Dr. Werner Winkler:

Vorgestellt 70 Hausgemeinschaften

ERFAHRUNGEN MIT DEM VORHABEN
SANKT ELISABETH IN DER STADT GRIESBACH UND
VERGLEICH MIT ANDEREN HAUSGEMEINSCHAFTEN
IN DEUTSCHLAND



spektakuläre Projekte zu realisieren, sondern vor allem auch, handlungsfähige Arbeitsstrukturen zu entwickeln. Aktivierende Formen der Kommunikation und Kooperation sind ein wesentlicher Baustein der in Wolfsburg geübten Praxis.

Diesen Dialog will die Stadt nun auch nach außen tragen. Anlässlich der diesjährigen Landesgartenschau, einem strategischen Baustein auf dem Weg zur Erlebniswelt Stadt, lädt Wolfsburg die Fachwelt ein, die Ergebnisse des bisherigen Weges in Augenschein zu nehmen und im Kontext bundesweiter Trends und Entwicklungen kritisch zu reflektieren.

Im Rahmen eines interdisziplinären Symposions wird in Kooperation mit renommierten Stiftungen der aktuelle Wissens- und Erfahrungsstand zu zentralen Fragen des urbanen Managements reflektiert. Experten aus den Bereichen Kultur und Kommunikation, Wohnungswirtschaft, Stadtmarketing, Stadtplanung und Landschaftsarchitektur verdeutlichen am Beispiel von best practices den *state of the art*.

Der Ort der Veranstaltung ist Programm: Das Schloss Wolfsburg, Ruhepool inmitten einer neuen Erlebniswelt, bietet den geeigneten Rahmen für die konzentrierte Auseinanderset-

zung mit Perspektiven zukunftsfähiger Stadtentwicklung.

Das Symposium wendet sich an Fachpublikum aus den Bereichen Stadtmarketing, Stadtplanung, Architektur und Landschaftsarchitektur, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Kommunikation, Kunst und Kultur. Die Wolfsburg AG lädt all diejenigen zum Erfahrungsaustausch ein, die sich für das Unternehmen Stadt begeistern und die unkonventionelle, kooperative Wege gehen bei der Konstituierung neuer urbaner Identität.

NABU-Baupreis 2004 ausgeschrieben

Bauen/Ökologie

Natur erhalten durch nachhaltiges Bauen und Renovieren

Bonn – Der Naturschutzbund NABU schreibt zum zweiten Mal einen Baupreis für nachhaltiges Bauen und Renovieren aus. Ab sofort sind Bauherren, Architekten, Planer sowie kommunale Bauträger und Wohnungsgesellschaften aufgerufen, sich mit ihren Projekten für den NABU-Baupreis 2004 zu bewerben. Im Mittelpunkt des Wettbewerbs stehen Alternativen zum Neubau. Mit Unterstützung der Aachener Stiftung Kathy Beys und des Umweltbundesamtes konnte bei der zweiten Ausschreibung das Preisgeld für den Sieger auf 4.000 Euro verdoppelt werden.

Mit der Auszeichnung sollen Bauherren und Architekten dazu angeregt werden, alte Gebäude clever umzubauen, Häuser aufzustocken, beste-

henden Wohnraum sinnvoller sowie Energie effizienter zu nutzen und umweltfreundliche Baustoffe einzusetzen. Die Voraussetzung für eine Teilnahme am NABU-Baupreis 2004 erfüllen Gebäude, die in den letzten fünf Jahren als bestehendes Bauwerk umgebaut oder saniert wurden. Zugelassen sind gewerbliche, private und öffentliche Gebäude. Neubauten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Bewerber können ihre Unterlagen beim NABU, 53223 Bonn einreichen. Eine vollständige Bewerbung sollte einen gefalteten Lageplan, Grundrisse, Fotos sowie einen Erläuterungsbericht zu Art, Nutzung, Größe, Kosten und Alter des Gebäudes enthalten.

Einsendeschluss ist der 31. Mai 2004.

Weitere Informationen gibt es unter www.Nachbar-Natur.de oder in der NABU-Bundesgeschäftsstelle unter Tel. 02 28/4 03 60.

Der NABU-Baupreis wurde erstmals 2003 vergeben. Prämiert wurden sieben Architekten und Bauherren aus dem ganzen Bundesgebiet für beispielhafte Umsetzungen und Sanierungen. Der erste Preis ging nach Dresden an die Familie Pitz Korbjuhn, die mit pfiffigen Ideen und wenig Geld ein ehemaliges Baugeschäft zum Einfamilienhaus mit Bürogebäude umnutzten.

Für Rückfragen der Redaktionen:

Ulrich Kriese,

siedlungspolitischer Sprecher des NABU, Tel. 01 77/3 91 57 56.

Klaus Dosch,

Aachener Stiftung Kathy Beys, Tel. 02 41/4 09 29 10.

Regine Dickow-Hahn,

Umweltbundesamt, Tel. 030/89 03 27 12

Im Internet zu finden unter www.NABU.de

Mitgliedschaft im wohnbund

- Kostenloses wohnbund-Info
- Kostenloser oder preisreduzierter Zugang zu allen unseren Fachveranstaltungen
- Kostenlose Vermittlung von Kontakten bei speziellen fachlichen Fragen aus dem Bereich der Wohnpolitik, Planung, Projekt-, Stadt- und Siedlungsentwicklung (im Rahmen unserer Möglichkeiten)
- Interessante Begegnungsmöglichkeiten in einem Netzwerk von Fachleuten
- Internet-Service für Mitglieder: Homepage und E-Mail im wohnbund-Netzwerk: www.wohnbund.de

Jahresbeitrag

- Regelbeitrag € 95,-
- Studenten und Arbeitslose € 35,-
- Büros und Institutionen nach Vereinbarung

Beitrittsformular im Internet abrufen oder bei der Geschäftsstelle anfordern.

Themenschwerpunkte der nächsten wohnbund-informationen in 2004:

- 2/2004 – „Wohnen im Alter – zwischen Seniorenresidenz und romantischer Verklärung“
- 3/2004 – „Freiraumplanung – Reaktion auf die Unterbelichtung der Freiräume beim Stadtumbau“
- 4/2004 – „Soziale Spaltung der Stadt“

wohnbund e.v.

Aberlestraße 16/Rgb

81371 München

Telefon 089-74 68 96 11

Fax 089-7 25 50 74

E-Mail: info@wohnbund.de

Web: www.wohnbund.de